



Presseschau vom 02.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Als Reaktion auf die Angriffe von ukrainischer Seite auf die Volksrepubliken im Donbass hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Militäraktion angeordnet. Die Operation wurde inzwischen auch auf Teile der Ukraine, vor allem auf militärische Ziele, ausgeweitet. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen....

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Maria Müller: Die Gefahr ist real: Stationierung von Atomwaffen in der Ukraine seit 2015 gesetzlich möglich

Auch ohne NATO-Mitgliedschaft können ausländische Truppen ABC-Waffen auf dem Territorium der Ukraine stationieren. Im Kriegsjahr 2015 gegen die Bewohner von Donezk und Lugansk sicherte das Parlament die durch ein Gesetz aus dem Jahr 2000 bestehende Möglichkeit noch einmal rechtlich ab. Das Ziel der Waffen: Moskau ...

<https://kurz.rt.com/2ug7>

de.rt.com: Wachsender chinesisch-russischer Handel als Zeichen der Annäherung

Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge haben sich China und Russland in den letzten Jahren immer weiter angenähert. Das zeige sich vor allem auch in den Handelsbeziehungen der beiden Länder, die auch in Zukunft noch weiter ausgebaut werden

sollen. ...

<https://kurz.rt.com/2uka>

Marinko Učur: Geschichte ist (nicht) die "Lehrmeisterin des Lebens"

Je öfter wir wiederholen, dass "die Geschichte die Lehrmeisterin des Lebens ist", desto mehr Beweise gibt es dafür, dass wir es versäumt haben, von dieser Lehrmeisterin etwas zu lernen. Dies ist eine Schlussfolgerung, derer sich sowohl die Akteure der aktuellen Ereignisse in der Ukraine sehr bewusst sind, als auch diejenigen, die die Situation auf dem Balkan verfolgen.

...

<https://kurz.rt.com/2uho>

de.rt.com: **Habeck in den USA: "Je stärker Deutschland dient, umso größer ist seine Rolle"**

Vizekanzler Robert Habeck weilt zu Gesprächen in Washington, bei denen es vordergründig um Energiesicherheit und die Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien geht. Habeck stellt dabei ein "Momentum in der transatlantischen Partnerschaft" fest und betont Deutschlands dienende Führungsrolle. ...

<https://kurz.rt.com/2uln>

snanews.de: **EU-Beitritt im Eilverfahren? Diese Hürden müsste die Ukraine überwinden**

Am Dienstag hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenski mit einem emotionalen Appell im EU-Parlament eindringlich die Aufnahme seines Landes in die Europäische Union gefordert. Auch ein Antrag auf den Beitritt im Eilverfahren ist von Selenski bereits unterschrieben worden. Wie schnell kann es gehen? ...

<https://snanews.de/20220302/eu-beitritt-im-eilverfahren-5614827.html>

de.rt.com: **Druck auf Altkanzler Schröder wächst: Mitarbeiter bitten um Versetzung – Antrag auf Parteiausschluss**

Trotz Aufforderungen auch aus der eigenen Partei, den Posten bei Rosneft abzugeben, ist Altkanzler Schröder weiterhin bei dem russischen Energiekonzern beschäftigt. Nun baten seine eigenen Mitarbeiter um Versetzung und der SPD-Kreisverband Heidelberg soll gegen Schröder einen Antrag auf Parteiausschluss gestellt haben. ...

<https://kurz.rt.com/2ulp>

Dagmar Henn: Meine Flüchtlinge, deine Flüchtlinge – die schwankende Humanität des Westens

Jetzt werden wieder bereitwillig Flüchtlinge aufgenommen, die noch im Sommer "als Waffe genutzt" wurden. Aber wie meistens bleibt die Hilfe auf halbem Weg stehen, weil genau gewählt wird, wer bedauernswert ist und unterstützt werden darf, und wer nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2uky>

Susan Bonath: Fakten unerwünscht: Wer der offiziellen Doktrin widerspricht, fliegt

Ein Krankenkassen-Vorstand verunsicherte das offizielle Impfnarrativ mit Daten. Nun wurde ihm fristlos gekündigt. Er ist nicht der einzige, der einen Einwand gegen die politische Doktrin mit Repressalien bezahlen musste. Der Vorfall zeigt: Der Meinungskorridor in Deutschland wird enger. ...

<https://kurz.rt.com/2umn>

abends/nachts:

21:13 snanews.de: **Putin informiert Maduro über Lage in und um Ukraine**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag seinen venezolanischen Amtskollegen Nicolas Maduro von der Lage in der Ukraine in Kenntnis gesetzt.

Wie die Pressestelle des Kreml nach dem Telefonat mitteilte, informierte Putin seinen Gesprächspartner über Einschätzungen der weiteren Entwicklung in der Ukraine und über die Ziele, die Russland mit seiner militärischen Spezialoperation in der Ex-Sowjetrepublik verfolgt.

Russlands Ziele in der Ukraine

Das seien der Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass, die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der Souveränität Russlands über die Schwarzmeer-Halbinsel Krim durch Kiew, die Demilitarisierung und Entnazifizierung des ukrainischen Staates sowie die Gewährleistung eines neutralen atomwaffenfreien Status der Ukraine, so Putin laut der Pressestelle.

Es war die erste Äußerung dieser Art, nachdem Vertreter der Ukraine und Russlands am Montag in Weißrussland über eine Beendigung des Krieges verhandelt hatten. Ergebnisse wurden nach dem Treffen zunächst nicht mitgeteilt.

Dem Kreml zufolge hat Maduro „die entschlossenen Handlungen Russlands weitgehend unterstützt, die destabilisierenden Aktivitäten der USA und der Nato verurteilt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, der von westlichen Ländern gestarteten Lügen- und Desinformationskampagne entgegenzuwirken“.

Das Gespräch habe auf Initiative der venezolanischen Seite stattgefunden, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/03/01/5610115_0:22:2915:1661_1920x0_80_0_0_786ef5e48978f0aa99efbee7ef79071c.jpg

21:44 de.rt.com: NATO-Staaten dementieren Kampfjetlieferungen an Kiew

Das ukrainische Militär hatte behauptet, Lieferungen von Kampfflugzeugen aus mehreren NATO-Staaten zu erwarten. Jedoch dementierten diese Staaten später diese angeblichen Zusagen.

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat am Montag erklärt, Polen und die NATO seien nicht in den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine verwickelt und könnten daher keine Kampfjets in den Konflikt entsenden. Auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte er:

"Wir schicken keine Kampfjets in die Ukraine, denn das würde eine militärische Einmischung in den ukrainischen Konflikt bedeuten. Wir beteiligen uns nicht an diesem Konflikt. Die NATO ist keine Konfliktpartei."

Polens Staatsoberhaupt fügte hinzu, dass sie die Ukrainer mit humanitärer Hilfe unterstützen. Stoltenberg bestätigte ebenfalls, dass die NATO nicht Teil des Konflikts sei und daher keine Truppen und Flugzeuge in die Ukraine entsenden werde. Er bestätigte jedoch, dass die NATO die Ukraine weiterhin finanziell und militärisch unterstützen wird, etwa mit

Panzerabwehrwaffen, Luftabwehrsystemen und anderen Arten von militärischer Ausrüstung. Dabei hatte am Dienstag die ukrainische Luftwaffe auf ihrer Facebook-Seite offiziell bekannt gegeben, dass drei NATO-Länder, nämlich Polen, die Slowakei und Bulgarien, mehr als 70 Kampfflugzeuge für die ukrainische Armee liefern würden. Das bulgarische Verteidigungsministerium erklärte am Dienstag gegenüber lokalen Medien, dass es die Lieferung von Kampfflugzeugen an die Ukraine nicht in Erwägung gezogen habe. Der militärische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine brach am Donnerstag aus. Zuvor hatten die russischen Behörden eine Militärintervention eingeleitet und behauptet, es sei notwendig, die Ukraine zu "entmilitarisieren" und zu "entnazifizieren", um die Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu schützen. Als Reaktion auf die "unprovokierten" Feindseligkeiten verhängten westliche Staaten schwere Sanktionen gegen Russland. Die erste Verhandlungsrunde zwischen Russland und der Ukraine fand am Montag an einem ungenannten Ort an der weißrussisch-ukrainischen Grenze statt. Hauptziel der Verhandlungen war es, einen Waffenstillstand zu erreichen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621e68f448fbef7ac26a7a7a.jpg>

22:30 de.rt.com: **Medienberichte: Vorstand der BKK-ProVita nach Aussagen zu Impfnebenwirkungen fristlos gekündigt**

Der Vorstand der BKK-PROVita wurde Medienberichten zufolge fristlos gekündigt – noch bevor er mit dem Paul-Ehrlich-Institut über seine Datenanalyse zu mutmaßlich untererfassten Impfnebenwirkungen sprechen konnte.

Nach eigenen Angaben der Krankenversicherungsagentur wurde der Vorstand der BKK-ProVita, Andreas Schöfbeck, fristlos gekündigt. In einer kurzfristig anberaumten Sitzung des Verwaltungsrats, die online stattfand und mehrere Stunden dauerte, hat sich offenbar die Mehrheit der 24 Mitglieder für eine Kündigung des Vorstands ausgesprochen. Zuvor hatte die Welt darüber berichtet.

In der vergangenen Woche hatte der Vorstand der BKK-ProVita einen [Brandbrief an das Paul-Ehrlich-Institut](#) verfasst. Mit seinen Aussagen, dass man es in Deutschland in Bezug auf die Corona-Impfungen mit einer "erheblichen Untererfassung von Impfnebenwirkungen" zu tun habe, hatte Schöfbeck für Diskussionen und auch deutliche Kritik gesorgt. Seine Krankenkasse hatte die anonymisierten Abrechnungscodes von elf Millionen Patienten aller Betriebskrankenkassen hochgerechnet und war dabei nach eigenen Angaben auf Ungereimtheiten gestoßen. Schöfbeck mutmaßte, dass die vom Paul-Ehrlich-Institut verlautbarten Zahlen zu unerwünschten Nebenwirkungen um etwa das Zehnfache untererfasst seien.

Dies stieß auf heftigen Widerstand, der Chef des ärztlichen Virchow-Bundes bezeichnete die Krankenkasse auch als "[Schwurbel-BKK](#)". Am Dienstag war auch ein Treffen Schöfbeck mit

dem Paul-Ehrlich-Institut geplant. Doch dazu kam es nicht mehr: Wie die Welt berichtet, sei Schöfbeck fristlos entlassen worden. Bei der BKK-ProVita wollte man sich zunächst nicht dazu äußern, eine Veröffentlichung dazu auf der [Homepage](#) sei zeitnah geplant.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621e72d848fbef78f95c2a70.jpg>

22:36 snanews.de: **Moskau: Ausweisung russischer Diplomaten aus USA „heimtückischer Trick“**

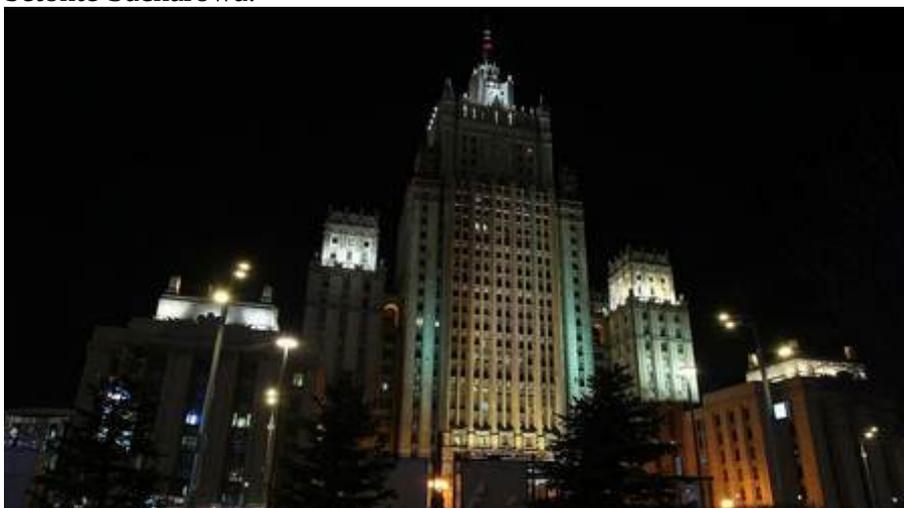
Das Außenministerium in Moskau hat die Ausweisung von zwölf Mitarbeitern der ständigen Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen (UN) als einen „heimtückischen amerikanischen Trick“ bezeichnet.

„Derartige heimtückische Tricks sind für uns nicht neu“, kommentierte die amtliche Ministeriumssprecherin, Maria Sacharowa, die Entscheidung der US-Behörden, russische Mitarbeiter zu Personae non grata zu erklären.

„Jedes Mal, wenn es auf dem diplomatischen Feld verliert, versucht Washington, sich zu revanchieren, indem die geografische Lage des Landes, auf dessen Territorium sich durch des Schicksals Fügung der UN-Hauptsitz befindet, missbraucht wird“, hieß es in Sacharowas Erklärung.

Moskau werde auf die Ausweisung der russischen Diplomaten antworten, nicht unbedingt symmetrisch. Das Außenamt empfehle den zuständigen Personen in Washington, über die Folgen ihres destruktiven Kurses nachzudenken.

„Moskau wertet die Ausweisung der Diplomaten der russischen UN-Vertretung als einen Schritt zur weiteren Eskalation in den russisch-amerikanischen Beziehungen.“ Das sei ein vorsätzlicher zynischer Verstoß der USA gegen ihre Verpflichtungen als Gastgeberland, betonte Sacharowa.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/03/01/5610962_0:87:3072:1815_1920x0_80_0_0_79a328dfa36ed58e64104e0ac474d107.jpg

1:31 (23:31) novorosinform.org: **Ankara plant keine Sanktionen gegen Russland**

Laut dem offiziellen Vertreter des Präsidenten des Landes, Ibrahim Kalin, werde die Türkei keine Maßnahmen ergreifen, die der Republik schaden könnten.

Wie TASS unter Berufung auf den türkischen Politiker berichtet, bemühen sich die Behörden in Ankara darum, die Möglichkeit zum Dialog mit Russland zu gewährleisten. Kalin betonte, dass die Türkei daran interessiert sei und dies als Priorität betrachte.

„Wer will mit Russland sprechen, wenn alle Brücken niederbrennen? Wir haben nicht vor, Sanktionen zu verhängen, um diesen Kanal zu öffnen“, sagte er auf CNN Turk.

Kalin erinnerte daran, dass die Türkei und Russland Beziehungen in den Bereichen Handel, Tourismus, Erdgasversorgung und Landwirtschaft aufgebaut haben.

Zuvor hatte der Föderationsrat westliche Länder, die Russland im Zusammenhang mit der russischen Militäroperation in der Ukraine Beschränkungen auferlegten, harte, aber legale Vergeltungssanktionen versprochen.



https://novorosinform.org/content/images/00/55/40055_720x405.jpg

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Kreml: Angriffe auf zivile Ziele durch russisches Militär in der Ukraine ausgeschlossen**

Nach Ankündigung einer Untersuchung durch den Weltstrafgerichtshof weist Moskau eine Beteiligung an Kriegsverbrechen in der Ukraine vehement zurück. Der Kreml betont, die Angriffe des russischen Militärs seien ausschließlich auf militärische Ziele gerichtet.

Am Montag hat Karim Khan, der Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag, seine Entscheidung bekannt gegeben, offizielle Ermittlungen zu Rechtsverletzungen in der Ukraine einzuleiten. Ihm zufolge gebe es "eine ausreichende Grundlage für die Annahme, dass sowohl Kriegsverbrechen als auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit" im Land begangen worden seien. Die Ermittlungen sollen sich nach Angaben Khans auf die Ereignisse in der Ukraine seit November 2013 beziehen und angesichts der aktuellen Eskalation im Ukraine-Konflikt auf weitere mögliche Verbrechen ausgedehnt werden. Die Untersuchung werde "so schnell wie möglich" in Gang gesetzt, hieß es.

In einem offiziellen Kommentar zu der Erklärung Khans wies Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag jegliche Beteiligung Moskaus an Kriegsverbrechen in der Ukraine kategorisch zurück. Darüber hinaus erinnerte Peskow daran, dass Russland kein Vertragsstaat des IStGH ist.

Auf die Frage, welche Stellung der Kreml zu den Angaben über Todesopfer unter der

Zivilbevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine bezieht, antwortete Peskow:

"Die russischen Streitkräfte führen während der Sonderoperation keine Angriffe auf Objekte der zivilen Infrastruktur oder Wohnkomplexe durch. Dies ist ausgeschlossen. Es handelt sich ausschließlich um eine Entmilitarisierung der Ukraine, um militärische Objekte."

Der Kremlsprecher erklärte, dass mögliche Opfer unter Zivilisten in der Ukraine auf das Vorgehen ukrainischer nationalistischer Gruppierungen zurückzuführen sein könnten, die "Zivilisten als Schutzschilde benutzen".

Weitere Verluste könnten jedoch vermieden werden, indem Wladimir Selenskij seinen Truppen befehlen würde, die Waffen niederzulegen, erklärte Peskow ferner. Indessen bejahte er die Frage, ob der Kreml Selenskij weiterhin als den legitimen Präsidenten der Ukraine anerkenne.

In Bezug auf die künftigen Wahlen in der Ukraine nach der Beendigung der Militäration und die damit verbundenen Erwartungen Russlands sowie die eventuellen Pläne Moskaus, bei der Durchführung dieser Wahlen zu vermitteln, sagte Peskow, dass diese Angelegenheit den Kreml nichts angehe:

"Nein, der Kreml hat mit den Wahlen in der Ukraine nichts zu tun. Dies ist ein anderes Land."

Zum Thema Sanktionen sagte Peskow, dass der Hauptimpuls dabei von den USA ausgehe:

"Im Großen und Ganzen sind die Vereinigten Staaten solche Sanktionsverfechter. Sie sind solche Befürworter von Sanktionen. Natürlich hat sich das Engagement für diese Praxis wie ein Bazillus auch auf Europa ausgebreitet."

Sanktionen werden die russische Regierung jedoch nicht von ihrer konsequenten Position abbringen, versicherte der Kremlsprecher:

"Natürlich werden wir unsere Arbeit trotzdem fortsetzen. Mit der Zeit wird es in der EU Führungspersönlichkeiten mit einer umfassenden Vision geben, die sich der Notwendigkeit bewusst sein werden, sich gemeinsam mit unserem Land weiterzuentwickeln. Wir werden auch auf diese Perspektive hinarbeiten."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621e72f548fbef765f10896e.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko zu Lage um 9:00 Uhr am 2.3.22

Am heutigen Tag haben die ukrainischen Kämpfer neunmal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet und sieben Ortschaften beschossen. ...

Beim Beschuss von Kirowsk und Perwomajsk mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ wurden 14 Wohnhäuser, eine Stromleitung und eine Mitteldruckgasleitung beschädigt.

Die Einheiten der Volksmiliz haben bereits 40 Ortschaften von den bewaffneten Formationen der Ukraine befreit: Putilino, Artjoma, Schirokij, Schulginka, Teploje,

Nishneteploje, Werchneteploje, Plotina, Petrowska, Bachmutowka, Gerssimowka, Malinowoje, Nishnjaja Olchowaja, Werchnjaja Olchowaja, Kamyschnoje, Bobrowo, Kapitanowo, Muratowo, Orechowo-Donzkoje, Smoljaninowo, Chworostjanowka, Deneshkowo, Krymskoje, Trechisbenka, Lopaskino, Nowoachtyrka, Tschabanowka, Nowaja Astrachan, Gretschkino, Golubowskoje, Swatowo, Nowoborowoje, Baranikowka, Klimowka, Bulgakowka, Krasnoretshenskoje, Barykino, Walujskoje, Staniza Luganskaja, Stschastje.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation betrogen die vorläufigen Verluste des Gegners:

79. Luftsturmbrigade – 23 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte starben und 37 wurden verletzt;

57. Panzergrenadierbrigade – 47 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte starben und 28 wurden verletzt.

Außerdem wurden 36 Stück Militärtechnik aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade und der 57. Panzergrenadierbrigade vernichtet.

34 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte legten freiwillig die Waffen nieder und gingen auf die Seite der LVR über, fünf von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten eine qualifizierte Behandlung.

Wir bringen den Soldaten der ukrainischen ein weiteres Mal die Perspektivlosigkeit des Krieges zu Bewusstsein, legen Sie freiwillig die Waffen nieder und gehen Sie auf unsere Seite über, wir garantieren Ihnen Ihr Leben!

8:12 snanews.de: **Russische Streitkräfte haben ukrainisches Cherson unter volle Kontrolle gebracht – Verteidigungsamt**

Russische Armeeeinheiten haben die Stadt Cherson im Süden der Ukraine unter ihre Kontrolle gebracht, wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Mittwoch gegenüber Journalisten mitteilte.

„Die Einheiten der russischen Streitkräfte haben die Gebietshauptstadt Cherson unter ihre volle Kontrolle gebracht. Die Zivillinfrastruktur, die lebenserhaltenden Einrichtungen der Bevölkerung und der Stadtverkehr arbeiten einwandfrei. In der Stadt mangelt es an keinen Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs“, so Konaschenkow.

Ihm zufolge „werden Verhandlungen zwischen dem russischen Kommando, der Stadt- und Gebietsverwaltung über die Lösung von Fragen, die mit dem Funktionieren von Objekten der sozialen Infrastruktur, der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der Bevölkerung zusammenhängen, weiter fortgesetzt“.

Cherson ist eine Hafenstadt und Hauptstadt des gleichnamigen Gebiets mit etwa 290.000 Einwohnern.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/03/02/5612749_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_c31d86a

6f88717c07eb92e12f1d5a0bf.jpg

8:18 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister: Internationaler Antifaschistischer Kongress bei "Armee 2022"-Forum**

Einen Ersten Internationalen Antifaschistischen Kongress hat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu für August 2022 angekündigt. Der Kongress soll im Rahmen des Forums "Armee 2022" stattfinden und die Völkergemeinschaft im Kampf gegen Neonazismus vereinigen.

Der Erste Antifaschistische Kongress – wer bei diesem Begriff an Bunthaarige in Che-Guevara-T-Shirts und schwarzen Kapuzenpullovern denkt, hat nicht unbedingt Unrecht. Doch der Kongress, um den es hier geht, wird von dem russischen Verteidigungsministerium veranstaltet. Minister Sergei Schoigu hat ihn am Dienstag bei einer Fernkonferenz angekündigt:

"Im August halten wir im Rahmen des Militärtechnischen Forums Armee 2022 den ersten Internationalen Antifaschistischen Kongress ab."

Ihm zufolge zielt der Kongress darauf ab, "die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen die Ideologie des Nazismus und Neonazismus in jedweder Form seiner Ausprägung in der modernen Welt zu vereinen."

Das Achte Internationale Militärtechnische Forum "Armee 2022" findet vom 15. bis 21. August statt. Zu dem Forum wurden Delegationen und Unternehmen aus 129 Ländern eingeladen.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621e2b2bb480cc27131146a3.jpg>

8:32 snanews.de: **Europäische Sberbank-Tochter muss nach US-Sanktionen Betrieb einstellen**

Die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hat in der Nacht zum Mittwoch nach eigenen Angaben der von Sanktionen betroffenen Europa-Tochter der russischen Staatsbank Sberbank die Fortführung aller Geschäfte untersagt.

Die Maßnahme sei auf Anweisung der Europäischen Zentralbank (EZB) getroffen worden, teilte die FMA mit. Die Fortführung des Geschäftsbetriebes sei „mit sofortiger Wirkung zur Gänze untersagt“.

Bei der in Wien ansässigen „Sberbank Europe AG“ handelt es sich laut der FMA um ein bedeutendes Kreditinstitut, das der direkten Aufsicht der EZB untersteht.

Die Europäische Zentralbank hatte am Sonntag festgestellt, dass die Sberbank Europe AG aufgrund der geopolitischen Entwicklungen und massiver Liquiditätsabflüsse in massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecke und möglicherweise zahlungsunfähig werde.

Zum Schutz der finanziellen Belange der Gläubiger und zur Sicherheit der der Sberbank Europe AG anvertrauten Vermögenswerte, werde der Einlagensicherungsfall ausgelöst, teilte

die FMA mit. Das bedeutet, dass das österreichische Einlagensicherungssystem gesicherte Einlagen innerhalb von zehn Bankarbeitstagen auszuzahlen hat.

Wegen der erwarteten wirtschaftlichen Schieflage hatte die FMA zuvor Überweisungen, Transaktionen und größere Auszahlungen untersagt. Russlands größtes Geldhaus Sberbank und seine europäische Tochter sind von den Vereinigten Staaten mit Sanktionen belegt worden. Der Ausschluss von mehreren russischen Banken aus dem internationalen Zahlungssystem Swift wird die Sberbank jedoch laut Diplomaten nicht direkt betreffen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/07/07/2744725_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_70c1651b2a8b2990bdbcf9c3820b9603.jpg

armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz um 10:00 am 2.3.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 95. Luftsturmbrigade mit Kräften einer Kompanie unter Deckung von Artilleriefeuer einen **Versuch unternommen, unsere Positionen im Gebiet von Bessarabka einzunehmen**. Während des Kampfes **erlitt der Feind Verluste und war gezwungen abzuziehen**. Vier Kämpfer starben, drei wurden verletzt.

Bei den Gefechten mit ungleichen Kräften des Gegners **starben zwei Soldaten der Volksmiliz, eine Reihe von Soldaten wurden gefangen genommen**. Zusätzliche Informationen über die gefangen genommenen Verteidiger der Republik werden ermittelt. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser Mitgefühl aus.

Wir wenden uns an das Kommando und die Soldaten der 95. Luftsturmbrigade, im Fall unmenschlicher Behandlungen von gefangen genommenen Soldaten behält sich die Volksmiliz der DVR das Recht vor, alle notwendigen Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen. Ich möchte anmerken, dass alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die freiwillig die Waffen niedergelegt und auf die Seite der Einheiten der Volksmiliz übergegangen sind, menschlich behandelt werden, die notwendige ärztliche Behandlung und Essen erhalten.

11:02 (9:02) rusvesna.su: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten Dutzende von Militäreinrichtungen der Streitkräfte der Ukraine mit einem massiven Luftangriff**

Die russischen Streitkräfte haben im Zuge der laufenden militärischen Spezialoperation in der Ukraine Dutzende von Zielen mit präzisionsgelenkten Waffen angegriffen. Einschließlich der Zerstörung von Objekten des SBU und des 72. Hauptzentrums für psychologische Operationen.

Dies teilte der offizielle Vertreter der Abteilung, General Igor Konaschenkov, mit. Auch die TV-Sendeanlage in Kiew wurde außer Betrieb gesetzt.

„Die Streitkräfte der operativ-taktischen und strategischen Luftwaffe der russischen Luft- und

Raumfahrtstreitkräfte führten einen massiven Luftangriff auf die militärische Infrastruktur der Ukraine durch und trafen 67 Objekte.

Insgesamt wurden während der Operation 1.502 Objekte der militärischen Infrastruktur der Ukraine außer Gefecht gesetzt, darunter 51 Kommandoposten und Kommunikationszentren, 38 Flugabwehr-Raketensysteme S-300, Buk M-1 und Osa, 51 Radarstationen.

47 Flugzeuge am Boden und 11 Flugzeuge in der Luft, 472 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 62 Mehrfachraketenwerfer, 206 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 46 Drohnen wurden zerstört.

Um Informationsangriffe gegen Russland zu unterdrücken, wurde eine hochpräzise Waffe auf die technologischen Einrichtungen des SBU und des 72. Hauptzentrums für psychologische Operationen in Kiew geschossen, die Sendeausrüstung des Fernsehturms ist deaktiviert; es wurde keine Zerstörung von Wohngebäuden zugelassen.“

11:58 (9:59) novorosinform.org: **Die Türkei lieferte "Bayraktars" an die Ukraine – Medien**

Das türkische Militär habe Kampfdrohnen des Bayraktar-Typs an die Grenze zwischen Polen und der Ukraine geliefert.

Laut Readovka lieferte das türkische Militär eine Fracht mit einer Ladung Bayraktar-Drohnen nach Polen in die Grenzregion zur Ukraine. Von dort aus soll das ukrainische Militär die unbemannten Luftfahrzeuge für den Kampfeinsatz gegen die russische Armee übernehmen. Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium jedoch die Zerstörung von 46 UAVs der Streitkräfte der Ukraine gemeldet.



https://novorosinform.org/content/images/00/77/40077_720x405.jpg

10:13 de.rt.com: **Mexiko beteiligt sich nicht an Sanktionen gegen Russland**

Die mexikanische Führung hat beschlossen, beim Krieg in der Ukraine Neutralität zu bewahren und keine Sanktionen zu verhängen. Dies teilte das Staatsoberhaupt des Landes mit. Mexiko-Stadt wolle zu allen Regierungen der Welt gute Beziehungen unterhalten.

Mexiko wird sich nicht an den internationalen Sanktionen gegen Russland wegen dessen Invasion in die Ukraine beteiligen. Das teilte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador am Dienstag gegenüber Reportern mit. Er erklärte:

"Wir werden keine wirtschaftlichen Repressalien ergreifen, weil wir gute Beziehungen zu allen Regierungen der Welt haben wollen."

Er fügte hinzu, dass eine neutrale Haltung Mexiko in die Lage versetzen werde, "mit den Konfliktparteien zu sprechen".

Die Position des mexikanischen Staatsoberhauptes in der Ukraine-Krise ist eine neue diplomatische Strategie, da andere Länder weltweit, darunter ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten wie Bulgarien und Rumänien, den USA folgen und versuchen, Russland zu bestrafen.

Die Entscheidung für Neutralität könnte zwar die engen Beziehungen Mexikos zu Washington belasten, López Obrador hatte sich jedoch zuvor kritisch zur US-Außenpolitik geäußert. Auch wenn Mexiko versucht, seinen wichtigsten Handelspartner, die USA, nicht zu verprellen, will es auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und Moskaus lateinamerikanischen Verbündeten aufrechterhalten. Das russische Unternehmen Lukoil hat sich in diesem Jahr in ein Offshore-Ölprojekt in Mexiko eingekauft. Der mexikanische Präsident erklärte am Montag, dass sein Land den Luftraum für Aeroflot-Flüge nach Mexiko-Stadt offen halten werde.

Der mexikanische Tourismusminister Miguel Torruco Marqués geriet diese Woche in die Kritik, weil er in einer Twitter-Nachricht Aeroflot einen "herzlichen Gruß" übermittelte und feststellte, dass "Tourismus ein Synonym für Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung" sei. Er fügte hinzu, dass sich die Zahl der Touristenbesuche aus Russland in Mexiko im vergangenen Jahr auf über 75.000 mehr als verdoppelt habe.

López Obrador kritisierte außerdem die weltweite Zensur russischer Medien, einschließlich RT, durch Regierungen und in den soziale Medien:

"Ich bin nicht damit einverstanden, dass Medien aus Russland oder anderen Ländern zensiert werden."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f290eb480cc57a06709e1.jpg>

10:24 snanews.de: **Donezker Volksmiliz blockiert Mariupol – Sprecher**

Die Volksmiliz der Donbass-Republik Donezk hat die Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer blockiert. Das teilte der Sprecher der Donezker Volksmiliz, Eduard Bassurin, am Mittwoch mit.

„Alles geht nach Plan. Mariupol ist blockiert“, sagte Bassurin. „Die Truppen werden sich weiter in der Richtung bewegen, die uns helfen wird, den Beschuss der Wohnviertel nicht nur in der Volksrepublik Donezk, sondern auch in der benachbarten Republik Lugansk endgültig zu stoppen.“

Bassurin zufolge wird man versuchen, den Gegner davon zu überzeugen, die Waffen niederzulegen und die Stadt zu verlassen, damit keine Gefahren für die Zivilbevölkerung entstehen. In Mariupol könnte es Bassurin zufolge bald zu einer humanitären Katastrophe kommen – es wird weder Strom noch Nahrungsmittel geben. Es wird daher ein humanitärer Korridor geöffnet. Bassurin äußerte die Hoffnung, dass ukrainische Streitkräfte die Zivilisten hinauslassen werden. „Das würde uns den Weg leichter machen.“ Er schloss aber auch Verhandlungen nicht aus.

Vor einigen Tagen wurde berichtet, dass ukrainische Einheiten, die sich von der Frontlinie zurückzogen, die Stadt vermint und die Einwohner nicht hinausgelassen haben.

Als die Donezker Republik im Jahr 2014 ausgerufen wurde, war die Stadt Mariupol nach

Donezk die zweitgrößte Stadt der Republik. Im Juni desselben Jahres hatten die ukrainischen Sicherheitskräfte jedoch die Kontrolle über Mariupol zurückgewonnen, sodass sich daraufhin die östlichen Vororte der Stadt zu einem der heißesten Konfliktherde in der Ostukraine entwickelten.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/03/02/5614057_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_68a228a726827570f275b50ab3465a7a.jpg

10:30 de.rt.com: **Radiosender Echo Moskwy und TV-Sender Doschd in Russland gesperrt**

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat am Dienstag gefordert, den Zugang zu den Webseiten des Fernsehsenders Doschd und des Radiosenders Echo Moskwy zu sperren. Laut der Behörde haben sie Falschinformationen verbreitet. Kurz darauf waren die Plattformen nicht mehr erreichbar.

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat am Dienstagabend auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft die Online-Auftritte des Fernsehsenders Doschd und des Radiosenders Echo Moskwy gesperrt. Kurz darauf wurde auch die Radioübertragung von Echo Moskwy abgeschaltet. Die beiden Plattformen senden weiterhin auf YouTube. Nach Ansicht der Behörde haben die Redaktionen falsche Informationen über das Vorgehen der russischen Armee in der Ukraine verbreitet sowie Informationen "mit Aufrufen zu extremistischen Aktivitäten und Gewalt". Am 24. Februar hatte Roskomnadsor russische Medien gewarnt, dass sie bei der Berichterstattung über Ereignisse in der Ukraine verpflichtet seien, nur Informationen aus offiziellen russischen Quellen zu verwenden. Seit Beginn des Ukraine-Krieges hat Roskomnadsor mehrere russische Portale blockiert, die ebenfalls Falschinformationen über das russische Militär in der Ukraine veröffentlicht haben sollen. Echo-Chefredakteur Alexei Wenediktow äußerte sich zuversichtlich, dass die Redaktion gegen kein Gesetz verstoßen habe. Der Radiosender werde die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft vor Gericht anfechten. "Wir sehen darin eine politische Komponente sowie die Einführung von Zensur, die durch die russische Verfassung verboten ist", schrieb er auf Telegram.

Kurz darauf wurde auch Echos YouTube-Kanal für europäische Nutzer gesperrt, teilte Wenediktow mit. Echo Moskwy sendet seit dem Jahr 1990.

Auch Tichon Dsjadko, Chefredakteur des Fernsehsenders Doschd, sagte, seine Redaktion habe nichts Illegales getan und werde die Entscheidung anfechten.

Die kremlkritische Zeitung Nowaja Gaseta schrieb, es habe für die Mitarbeiter zwei mögliche Szenarien gegeben: Weiterhin unter "Militärzensur" zu arbeiten oder die Redaktionsarbeit einzustellen. Die meisten hätten für die erste Option gestimmt, deswegen werde die Berichterstattung fortgesetzt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f31de48fbef765f1089bf.jpg>

12:31 (10:31) novorosinform.org: **Die Ukraine hat die Schifffahrt in der nordwestlichen Region des Schwarzen Meeres eingestellt**

Diese Entscheidung sei aus Sicherheitsgründen getroffen worden, teilte der Generalstab mit. Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine informierte auf seiner Facebook-Seite über die Einstellung der Schifffahrt in der nordwestlichen Region des Schwarzen Meeres durch die Ukraine.

„Für die Sicherheit der zivilen Seefahrt haben die Seestreitkräfte der Streitkräfte der Ukraine die Schifffahrt in der nordwestlichen Region des Schwarzen Meeres eingestellt, heißt es im Text. ...



https://novorosinform.org/content/images/00/80/40080_720x405.jpg

13:10 (11:10) novorosinform.org: **Das Reservehauptquartier der Streitkräfte der Ukraine und zwei Militäreinheiten wurden in der Nähe von Konstantinowka vernichtet – Volksmiliz**

Über Angriffe auf die kombinierte Waffenreserve des Hauptquartiers der OOS berichtete Eduard Basurin, Pressesprecher der Volksmiliz der DVR.

Demnach wurden infolge erfolgreicher gemeinsamer Aktionen der Streitkräfte der Russischen Föderation und der Volksmiliz der DVR und der LVR Angriffe gegen die kombinierte Waffenreserve des Kommandos des OOS-Hauptquartiers durchgeführt.

„Die Bereitstellungspunkte des 90. Bataillons der 81. Luftmobilbrigade der Streitkräfte der Ukraine in der Region Konstantinowka wurden zerstört“, sagte der stellvertretende Leiter der Volksmiliz.

Zuvor hatte Basurin heute die vollständige Blockierung von Mariupol bestätigt. Aufgrund der Tatsache, dass die Ringe der russischen und Donezker Streitkräfte geschlossen wurden, wurde die Ukraine von den Ausgängen zum Asowschen Meer abgeschnitten.

Russlands Spezialoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine begann am 24. Februar auf Beschluss des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der Zeitpunkt der Beendigung hängt von der Erreichung der Ziele ab.



https://novorosinform.org/content/images/00/83/40083_720x405.jpg

13:13 (11:13) novorosinform.org: **Airbus stellt die Aktivitäten am Engineering-Standort und die Ersatzteilversorgung in Russland ein**

Der Flugzeughersteller kündigte die Schließung des Engineering-Standorts in Russland sowie die Einstellung von Support-Dienstleistungen für russische Fluggesellschaften an.

Nach Angaben der Agentur RIA Novosti sagte das Unternehmen unter Berufung auf westliche Veröffentlichungen, dass die Beschränkungen auch die Lieferung von Teilen in die Russische Föderation betreffen werden.

Zuvor hatte Boeing die Beendigung der technischen Unterstützung für russische Fluggesellschaften angekündigt. Die Europäische Union hat außerdem beschlossen, alle Verträge von Leasingunternehmen mit russischen Fluggesellschaften zu kündigen, und eine Frist gesetzt - bis zum 28. Februar.

Die EU-Führung kündigte zudem an, dass die EU-Staaten den Luftraum für russische Flugzeuge komplett sperren werden.

Als Reaktion auf die Sanktionen versprach Russland, auf solche Aktionen westlicher Politiker eine angemessene Antwort zu geben. Das russische Außenministerium erklärte, dass die Aktionen der Europäischen Union und ihre Rolle im Ukraine-Konflikt nicht ohne eine harte Antwort bleiben werden.



https://novorosinform.org/content/images/00/85/40085_720x405.jpg

13:15 (11:15) rusvesna.su: **Symbolisch: Ukrainische Flagge in Moskau eingeholt**

Am Morgen des 2. März stellte die ukrainische Botschaft in Moskau endgültig ihren Betrieb ein.

Das Gebäude in der Leontiew-Straße wurde geschlossen, die Flagge der Ukraine wird herab gelassen und entfernt, die Tore am Eingang zum Territorium werden versiegelt.

Auch das Schild am Eingang, das besagte, dass sich in dem Gebäude die ukrainische Botschaft befinde, wurde entfernt. Alle Mitarbeiter verließen das Gebäude in Autos mit Diplomatenkennzeichen.

Auch Mitarbeiter des ukrainischen Generalkonsulats in St. Petersburg werden hastig evakuiert. Auch sie rissen ihr Schild von der Wand des Gebäudes in der Bontsch-Brujewitsch-Straße und nahmen ukrainische Flaggen ab.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/1_flag_ukrainy_rvanyy.jpg

11:27 snanews.de: **Russische Delegation trifft heute zur zweiten Gesprächsrunde mit ukrainischen Vertretern ein – Kreml**

Die russische Delegation wird laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am heutigen Mittwochnachmittag am Ort der Gespräche mit den Vertretern der Ukraine eintreffen. Das wird die zweite Runde der Verhandlungen über eine mögliche Friedenslösung sein.

„Heute Nachmittag etwa gegen Abend wird unsere Delegation vor Ort sein und auf die ukrainischen Unterhändler warten. Unsere Delegation wird bereit sein, das Gespräch heute

Abend fortzusetzen“, sagte Peskow. Den genauen Ort wollte er im Voraus nicht nennen. Der Leiter der russischen Delegation bleibt der Berater des russischen Präsidenten, Wladimir Medinski. Peskow äußerte die Hoffnung, dass die ukrainische Delegation kommen werde. Die erste Verhandlungsrunde fand am 28. Februar in Belarus statt. Der Kreml hat sein Bedauern geäußert, dass sie nicht am Tag zuvor begonnen habe, „obwohl die Gelegenheit dazu da war“. Die russische Delegation wartete mehrere Stunden auf die ukrainische Delegation. Die Gespräche hätten auch in der Nacht zum Montag beginnen können, sagte Peskow. Aber die Gegenseite sei lange nicht erschienen.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte am Mittwoch dem TV-Sender „al-Jazeera“, dass Moskau zu Verhandlungen bereit sei, aber die ukrainische Seite im Auftrag der USA auf Zeit spiele.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba teilte gerade via Facebook mit, dass es unklar sei, wann die Verhandlungen stattfinden würden. Die ukrainische Seite sei zwar zu Gesprächen bereit, betonte er, lehne aber gleichzeitig Russlands Forderungen ab.

„Wir sind bereit zu Verhandlungen, wir sind bereit zu Diplomatie. Wir sind aber kaum bereit, jegliche Ultimaten Russlands zu akzeptieren. Wann die Verhandlungen stattfinden, ist momentan unklar“, sagte Kuleba.

Der Berater des Präsidentsamtes von Wladimir Selenski, Alexej Arestowitsch, bestätigte kurz danach gegenüber ukrainischen Medien, dass die zweite Runde der Verhandlungen mit der russischen Delegation am heutigen Mittwochabend stattfindet. Dabei bezweifelte er, dass eine Lösung gefunden werde.

„Nichts wird sich ändern. Wir werden auf unseren Positionen beharren“, zitiert ihn die Webseite des TV-Senders „Suspilne“.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/03/02/5615368_0:303:2997:1989_1920x0_80_0_0_6aa1d9bb4f8cd8917200d4c05f627f28.jpg

11:56 de.rt.com: **Medienberichte: Mehrere Raketeneinschläge im ostukrainischen Charkow und Todesopfer unter Zivilisten**

In den vergangenen zwei Tagen sind Wohngebiete und zivile Einrichtungen in der ostukrainischen Millionenstadt Charkow wiederholt unter Beschuss geraten. Mehrere Menschen sollen hierbei getötet worden sein. Kiew beschuldigt Russland der Angriffe. Nach Beginn des russischen Militäreinsatzes meldet die Ukraine vermehrt Opfer unter Zivilisten. In den vergangenen zwei Tagen ist insbesondere Charkow, die zweitgrößte Stadt im Osten des Landes, unter Beschuss geraten.

Am frühen Dienstagmorgen erschütterte eine schwere Explosion den Freiheitsplatz vor dem Gebäude der Gebietsverwaltung in Charkow. Bis zu zehn Menschen sollen hierbei getötet worden sein. Eine [Überwachungskamera](#) dokumentierte den Angriff. Ukrainische Medien berichten, es habe sich um eine Rakete vom Typ Smerch gehandelt. Das Medienportal Strana

behauptet, der Flugkörper sei von russischen Stellungen aus abgefeuert worden. Der russische Telegram-Kanal [Woenny Oswedomitel](#) (dt.: Militäraufklärer) weist darauf hin, dass das Gebäude seit Tagen vom Stab der Paramilitärs aus der Territorialverteidigung genutzt wird und nennt die Getöteten "Kombattanten". In dem Gebäude würden Gefechtsausrüstung und Munition [gelagert](#).

Am selben Tag wurden nach Angaben des Portals kh.vgorode.ua ein fünfstöckiges Wohnhaus, ein Krankenhaus und eine Fabrik bombardiert. Ein weiteres Wohngebiet soll von Mehrraketenwerfern vom Typ Grad beschossen worden sein.

Der Oberbürgermeister Charkows Igor Terechow erklärte, das ukrainische Volk werde getötet. Er erzählte vom Schicksal einer Familie mit Kindern, die in einem Auto verbrannt sei. Terechow bedankte sich bei der Feuerwehr und städtischen Diensten, die unter Lebensgefahr die Folgen der Zerstörungen beseitigen würden.

Fotos und Videos in den sozialen Netzwerken zeigen Explosionen und Zerstörungen in Wohngebieten. Experten zufolge wurde die Stadt mit Grad- und Smerch-Raketenwerfern beschossen. Nach Angaben der örtlichen Behörden seien mindestens 11 Menschen getötet worden. Der Chef der Gebietsverwaltung Oleg Sinegubow beschuldigte russische Streitkräfte des Beschusses:

"Dies geschieht tagsüber, wenn die Menschen in die Apotheke gehen, um Lebensmittel zu kaufen oder Trinkwasser zu holen. Russland setzt schwere Artillerie ein."

Moskau weist solche Angriffe auf Zivilisten zurück. Auf die Frage, welche Stellung der Kreml zu den Angaben über Todesopfer unter der Zivilbevölkerung während der russischen Militäraktion in der Ukraine bezieht, antwortete Kremlsprecher Dmitri Peskow:

"Die russischen Streitkräfte führen während der Sonderoperation keine Angriffe auf Objekte der zivilen Infrastruktur oder Wohnkomplexe durch. Dies ist ausgeschlossen. Es handelt sich ausschließlich um die Entmilitarisierung der Ukraine, um militärische Objekte."

Russische Medien schreiben, dass Angriffe dieser Art für Russland keinen militärischen Sinn ergeben würden und schließen Provokationen nicht aus, mit denen die Bevölkerung gegen die russischen Streitkräfte unnötig aufgestachelt werden soll.

Eine unabhängige Expertise über die Ereignisse ist derzeit nicht möglich.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621ecb2d48fbef78f95c2a8f.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage um 12:30 am 2.3.22

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet

Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **41-mal das Feuer** auf das Territorium der Donezker Volksrepublik unter Einsatz Mehrfachraketenwerfern, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet**. Unter Beschuss gerieten **13 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Vier Bürger starben und 30 wurden verletzt. Es wurden 118 Wohnhäuser und 33 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt, darunter: Das Donezker Gymnasium Nr. 107, Die Schule Nr. 43 und 71, Die Kindergärten Nr. 127 und 93, das Bautechnikum, das städtische psychiatrische Krankenhaus Nr. 1, das städtische klinische Krankenhaus Nr. 21, das Wärmekraftwerk in Sujewka sowie 25 Fahrzeuge. 28 Heizwerke und 204 Umspannwerke haben keinen Strom. Mehr als 106.000 Verbraucher haben keine Stromversorgung. Die Filterstationen Nr. und Nr. 2 sind außer Betrieb.

Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Im Ergebnis erfolgreicher gemeinsamer Handlungen der Streitkräfte der Russischen Föderation und der Volksmilizen der DVR und der LVR erfolgten **Schläge auf die allgemeinmilitärische Reserve des Kommandos des Stabs der OOS, es wurden Stationierungspunkte des 90. Bataillons der 81. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Konstantinowka vernichtet**. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Unsere Aufklärung bestätigt **Informationen über die Konzentration von Waffen, Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte auf dem Gebiet des Werks „Asowstahl“**. Außerdem gehen von örtlichen Einwohnern von Mariupol weiter **Mitteilungen ein, dass Nationalisten Gebäude von Schulen, Kindergräten und medizinischen Einrichtungen, darunter Geburtshäuser, besetzt und dort Feuerstellungen eingerichtet haben**. Es muss angemerkt werden, dass in einer Reihe von medizinischen Einrichtungen sich nach wie vor zivile Einwohner befinden, die von den Nationalisten als lebender Schild benutzt werden.

Ich wende mich an die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere! Sie können ihr Leben bewahren, wenn sie freiwillig von der Beteiligung an Kampfhandlungen Abstand nehmen. Legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause! Es lohnt sich nicht, ihr Leben für die käufliche ukrainische Regierung und die korrupten Generale zu riskieren.

12:10 snanews.de: Google Discover und Google News schränken Übertragung aller Ressourcen von MIA Rossiya Segodnya ein

„Google Discover und Google News haben die Übertragung von Materialien aller Ressourcen der Agentur eingeschränkt. Unserer Meinung nach ist die künstliche Sperrung unserer Materialien in den wichtigsten Google-Nachrichtenkanälen eine verdeckte Zensur und Manipulation der Informationsagenda“, so der Pressedienst.

Rossiya Segodnya ist eine internationale Mediengruppe, deren Mission es ist, zeitnah und ausgewogen über Ereignisse in der Welt zu berichten und das Publikum über unterschiedliche Ansichten zu Schlüsselereignissen zu informieren.

Zur Mediengruppe Rossiya Segodnya gehört eine Reihe von Informationsquellen: Im Ausland – die internationale Nachrichtenagentur und Radio Sputnik, in Russland – RIA Novosti, Prime, InoSMI, Ukraina.ru, Baltnews und TOK.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/03/02/5616048_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_618e3b5a1384dcfe3fd0225d9385fcbe.jpg

14:13 (12:13) novorosinform.org: **In Charkow werden Dokumente des städtischen Militärkommissariats verbrannt**

Laut dem Journalisten Roman Golowanow vernichten Beamte des Militärrekrutierungsbüros Dokumente über Teilnehmer am Krieg im Donbass.

Roman Golowanow hat auf seinem Telegram-Kanal ein [Video](#) gepostet, das Mitarbeiter des Militärregistrierungs- und Rekrutierungsamtes in Charkow zeigt, wie sie Dokumente verbrennen. Dies geschieht vor dem Hintergrund des Endes der Operation russischer Truppen zur Säuberung von Charkow von bewaffneten Verbänden, die von Kiew kontrolliert werden. Golowanow berichtet, dass Mitarbeiter des Militärrekrutierungsbüros Dokumente im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Streitkräfte der Ukraine im Donbass vernichten.

12:18 snanews.de: **Sechs Ortschaften im Donbass von ukrainischen Streitkräften nachts beschossen – LVR**

Ukrainische Streitkräfte haben in der Nacht zum Mittwoch mehrmals die Volksrepublik Lugansk beschossen. Betroffen sind sechs Ortschaften. Das teilte die Vertretung der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk (LVR) beim gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination der Waffenruhe mit.

In der Stadt Perwomajsk wurden demnach zwölf Häuser und eine Mitteldruckgasleitung beschädigt. In Kirowsk seien zwei Häuser und die Stromleitung beschädigt worden.

Laut einer Mitteilung hat die Volksmiliz bereits 40 Ortschaften von ukrainischen Streitkräften befreit. 34 ukrainische Militärangehörige sind seit dem Beginn der Operation an die Seite der Lugansker Volksmiliz übergegangen. Fünf von ihnen brauchen medizinische Hilfe und werden behandelt. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/03/02/5616905_0:67:3522:2048_1920x0_80_0_0_f8f5d30b8c1921c5b6c67b7995d0ad36.jpg

14:37 (12:37) novorosinform.org: **Bürgermeister von Lwow ordnet Zwangsmobilmachung für Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren an**

Alle Männer, die in die westlichen Metropole der Ukraine evakuiert wurden, müssen innerhalb von 24 Stunden beim Militärregistrierungs- und Rekrutierungsbüro eintreffen, sagte Andrej Sadowoj.

Der Bürgermeister von Lwow, Andrej Sadowoj, erklärte, dass Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren, die in die Region Lemberg evakuiert wurden, sich spätestens 24 Stunden nach ihrer Ankunft bei den territorialen Rekrutierungs- und Sozialunterstützungszentren in der Region Lemberg melden müssen, um beim Militär registriert zu werden.

Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij hetzte am 25. Februar eine allgemeine Mobilmachung angeordnet. Die Mehrheit der Männer zog es jedoch vor, sich über Lwow nach Polen abzusetzen, anstatt zum Militärdienst zu gehen. Offenbar dürfen sie jedoch nicht weiter fliehen.

Wir fügen hinzu, dass laut mehreren Telegram-Kanälen, die näher mit der Situation vertraut sind, viele Männer, die in die Westukraine flohen, jetzt an der Grenze konzentriert sind und nur darüber nachdenken, wie sie das Land verlassen können. Die polnischen Grenzschutzbeamten helfen ihnen dabei aktiv gegen Bestechungsgeld.



https://novorosinform.org/content/images/00/93/40093_720x405.jpg

12:43 de.rt.com: **Venezuela wirft UN-Menschenrechtsrat Hass und Intoleranz gegen Russland vor**

Die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez hat dem Menschenrechtsrat der

Vereinten Nationen (UNHCR) vorgeworfen, eine euphorische Hasskampagne gegen Russland zu führen. Gleichzeitig machte sie die UN-Behörde für die aktuelle Krise in der Ukraine verantwortlich.

Am Dienstag hat die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez den UN-Menschenrechtsrat UNHCR wegen seiner Haltung in der Ukraine-Krise scharf attackiert. Sie warf der UN-Behörde mit Sitz in Genf vor, "Hass und Intoleranz gegen Russland euphorisch" zu fördern. Somit reagierte die hochrangige Vertreterin des südamerikanischen Landes auf Videos mit dem Moment, als Dutzende Delegierte während der Rede des russischen Außenministers Sergei Lawrow den UNHCR-Verhandlungssaal verlassen hatten. Rodríguez schrieb auf Twitter:

"In dem gemeinsamen UNHCR-Haus praktiziert und fördert man euphorisch Hass und Intoleranz gegen Russland. Es sind dieselben, die für die aktuelle Krise in der Ukraine verantwortlich sind. Es sind dieselben, die für die NATO die Kriegstrommel rühren. Venezuela schließt sich der Förderung eines Dialogs für den Frieden an!"

Am selben Tag telefonierte der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Beim Gespräch bekundete Maduro Putin seine "feste Unterstützung für Russland" und verurteilte die "destabilisierenden Aktivitäten" der USA und der NATO. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit, der laufenden westlichen Lügen- und Desinformationskampagne entgegenzuwirken.

Der venezolanische Außenminister Felix Plasencia solidarisierte sich mit den russischen Auslandsmedien RT und Sputnik. Auf Twitter verurteilte er die Zensur, mit der die EU versuche, die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine zugunsten des Westens darzustellen. Plasencia betonte, dass Caracas die Regierung in Moskau in ihrem Bemühen unterstütze, die Sicherheit des russischen Volkes angesichts der Aggressionen und Verleumdungen aus Washington zu gewährleisten. Der Außenminister des südamerikanischen Landes plädierte für eine weitere Entwicklung und Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen Venezuela und Russland.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f301ab480cc5659315701.jpg>

13:07 snanews.de: **Russland und Belarus vom Wertsport ausgeschlossen, ukrainische Biathleten im Kriegseinsatz**

Immer mehr Weltverbände schließen sich der Aufforderung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) an, Russland und Belarus bis auf Weiteres von den Wettbewerben auszuschließen. Der russische Sport beklagt Diskriminierung. Derweil haben ukrainische Biathleten den Kriegsdienst aufgenommen.

Wie der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) am Dienstag mitteilte, hat der Sport seine politische Neutralität angesichts des Ukraine-Krieges aufgegeben. IOC, FIFA, UEFA und weitere Weltverbände, Nationale Olympische Komitees und auch der DOSB sprechen sich

demnach für den Ausschluss von Russland und Belarus aus dem Sport aus.

„Weltweite Sanktionen auf allen gesellschaftlichen Feldern sind umso wirksamer, je mehr gesellschaftliche Akteure sich daran beteiligen. Das Ziel, den Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden, rechtfertigt diesen Schritt, wenngleich davon auch Athleten getroffen werden, die für diesen Krieg nicht verantwortlich sind. Auch der Sport muss hier seiner Verantwortung nachkommen und entsprechende Einschränkungen in Kauf nehmen“, heißt es in der aktuellen Stellungnahme des DOSB.

In den vergangenen Tagen sind zahlreiche Verbände dem Aufruf gefolgt und haben russische und belarussische Sportler von den Wettkämpfen bis auf Weiteres ausgeschlossen. So können russische und belarussische Sportler nach einer Entscheidung des Weltverbandes IBU vom Mittwoch nicht mehr am Biathlon-Weltcup teilnehmen, wo beide Mannschaften zum Favoritenkreis gehörten. Zudem soll laut Informationen der Deutschen Presse-Agentur spätestens bei der regulären Vorstandssitzung am 17. März über eine mögliche Suspendierung der IBU-Mitgliedschaft der beiden nationalen Verbände gesprochen werden.

Derweil haben der ukrainische Ex-Weltmeister Dmytro Pidruschni und die Staffel-Olympiasiegerin Julia Dschyma in der Ukraine den Militärdienst aufgenommen. „Ich bin derzeit in meiner Heimatstadt Ternopil und diene in der Nationalgarde der Ukraine. Dieses Foto wurde während des Luftalarms aufgenommen“, schrieb der 30-jährige Biathlet bei Instagram unter einer Aufnahme, die ihn in Militäruniform zeigt. Biathlon-Größen anderer Nationen haben Pidruschni Mut zugesprochen. Darunter auch der deutsche Ex-Weltmeister Benedikt Doll, der unter dem Instagram-Post kommentierte: „Bleib stark“.

Wie der Weltverband mitteilte, ist ein 19-jähriger ukrainischer Nachwuchs-Biathlet im Kampf gefallen. „Das ist einer zu viel. Beendet den Krieg“, forderte Johannes Thingnes Bø, der Vierfach-Olympiasieger von Peking.

Russlands Sportverbände haben den großflächigen Ausschluss vom internationalen Sport als „diskriminierend“ beklagt. Er verstoße „gegen alle Standards und Prinzipien des internationalen Wettbewerbs“ und gegen „Ethos von Sportsgeist und Fairplay“, hieß es etwa in einer Mitteilung des Russischen Fußballverbandes als Reaktion auf die Suspendierung von allen Wettbewerben durch FIFA und UEFA.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/03/02/5617123_0:0:3382:1902_1920x0_80_0_0_00173f4f8d0e96e506d651f2c551b23f.jpg

13:16 de.rt.com: **Rat der Europäischen Union untersagt jede Verbreitung von RT und Sputnik**

Der Rat der Europäischen Union hat heute eine Verordnung veröffentlicht, nach der jede Verbreitung der Sendungen und Inhalte von RT und Sputnik untersagt ist. Die Verordnung trat mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Verbreitung der Sender RT und Sputnik ist in der EU ab sofort verboten. Die Maßnahme

trat am Mittwoch mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Umgesetzt werden muss sie von den Medienregulierern der EU-Staaten.

Die jetzt veröffentlichte Verordnung des Rates der Europäischen Union ändert die seit 2014 geltende Verordnung des EU-Rates Nummer 833/2014 "Über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren". Mit ihr wurden Handelsbeschränkungen eingeführt, die bis heute gelten. In der Zwischenzeit gab es mehrere Änderungen dieser Verordnung, zuletzt am 25. Februar 2022, mit welcher der russische Finanzsektor sanktioniert wurde.

Die jetzt veröffentlichte Änderung ist in derartiger Eile beschlossen worden, dass sie zahlreiche Fragen offen lässt. So ist unklar, ob sich das Ausstrahlungsverbot auf Rundfunk und Fernsehen erstreckt oder auch auf textliche Online-Angebote, die eigentlich keiner Regulierung unterliegen. Unklar ist, an wen sich die Verordnung richtet, denn der Begriff des "Betreibers" ist weder in der jetzt beschlossenen Änderung noch in vorausgehenden Fassungen definiert.

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) betrifft die aktuelle Strafmaßnahme alle Verbreitungswege "von RT und Sputnik" in der EU, etwa per Kabel, Satellit oder Internet. Betroffen seien auch RT-Ableger etwa auf Deutsch oder Französisch. Bereits seit vergangener Woche ist RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan mit EU-Sanktionen belegt. Unter anderem ist ihr – wie auch zahlreichen anderen russischen Journalisten – die Einreise in die EU verboten worden.

Die RT- und Sputnik-Journalisten selbst sollen nicht daran gehindert werden, ihrer Arbeit nachzugehen, wie EU-Beamte betonten. Die Sanktionen seien auch sehr sorgsam ausgearbeitet worden, hieß es angesichts von Sorgen über mögliche Einschnitte in die Pressefreiheit.

Die Sanktionen gegen RT und Sputnik sollen zeitlich befristet sein und nur so lange andauern, "bis die Aggression gegen die Ukraine beendet ist und die Russische Föderation und ihre Medien ihre Propagandaaktionen gegen die Union und ihre Mitgliedstaaten eingestellt haben", sagte ein EU-Beamter.

Der Facebook-Konzern Meta und die Video-App TikTok beschränkten bereits den Zugang zu Inhalten von RT und Sputnik in der EU.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f6d1948fbef78f95c2af6.JPG>

13:31 de.rt.com: **Medienberichte: Deutsche Neonazis suchen den Weg zur Ukrainischen Front**

Mehrere Medien berichten von Informationen, wonach deutsche Neonazis anscheinend beabsichtigen, kriegerische Handlungen auf der Seite ukrainischer Bataillone aktiv zu unterstützen. Die Linken-Politikerin Renner hat beim Bundesinnenministerium nach diesbezüglichen Erkenntnissen angefragt.

Laut Darstellungen mehrerer deutscher Medien werden in der rechtsextremen Szene Deutschlands Informationen ausgetauscht, wie entsprechend Interessierten der Szene ein direkter Weg zu kriegerischen Handlungen im ukrainischen Kriegsgebiet ermöglicht werden könne. Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke, kontaktierte laut Neues Deutschland (ND), im Rahmen einer schriftlichen Anfrage zu dieser Thematik bereits am 14. Februar das Bundesinnenministerium.

Die Abgeordnete wollte von der Behörde erfahren, ob Erkenntnisse bezüglich "vergänger oder aktueller Aufenthalte deutscher Rechtsextremisten in der Ukraine und Russland" vorliegen. Des Weiteren bat sie um Antwort, ob der Bundesregierung Erkenntnisse zu "in der Vergangenheit liegenden oder aktuellen mutmaßlichen Beteiligungen an Übungen oder Kampfhandlungen extrem rechter paramilitärischer Einheiten" vorliegen oder "eine sonstige verstärkte Beobachtung der Aktivitäten deutscher Rechtsextremisten mit Blick auf den Ukraine-Konflikt" erfolge.

Das Newsportal Tag24 berichtet in einem Artikel, dass laut ihren Informationen Hinweise vorliegen, dass "Aktivisten der Neonazi-Partei 'Der III. Weg' in die Ukraine reisen und für das rechtsextremistische 'Asow-Regiment' kämpfen wollen". So meldete die Partei laut Tag24 sogleich "auf ihrer Website, dass Freiwillige ohne Visum in die Ukraine ausreisen dürften". Des Weiteren heißt es in dem Artikel, dass Linken-Landesgeschäftsführerin Janina Pfau aus Plauen davon ausgeht, "dass schon einige Mitglieder des III. Wegs in die Ukraine gefahren sind".

In der Antwort auf die Anfrage von Linken-Politikerin Renner wurden diese Vermutungen bis dato nicht bestätigt. Es lägen sehr wohl Erkenntnisse "über Aufenthalte deutscher Rechtsextremisten in der Ukraine oder Russland vor, zum Beispiel über die Teilnahme an dortigen rechtsextremistischen Veranstaltungen", weitere spezifische Angaben könnten jedoch gegenwärtig nur bedingt gemacht werden. Zur Begründung heißt es in dem Antwortschreiben: "Auch unter Berücksichtigung des hohen Stellenwerts des parlamentarischen Frageinteresses gelangt die Bundesregierung zu der Überzeugung, dass vorliegend die gewünschten Informationen aus Staatswohlgründen weder offen noch als Verschlussache übermittelt werden können. Die angefragten Informationen sind so sensibel, dass selbst die geringfügige Gefahr ihres Bekanntwerdens nicht hingenommen werden kann."

Die Antwort der Bundesregierung auf die Frage Renners "Welche Informationen liegen der Bundesregierung über deutsche Staatsangehörige vor, die an Kampfhandlungen im Konflikt in der Ukraine teilgenommen haben?" lautet:

"Bezüglich der mutmaßlichen Beteiligung deutscher Rechtsextremisten an Kampfhandlungen extrem rechter paramilitärischer Einheiten liegen der Bundesregierung derzeit keine verifizierten Erkenntnisse vor, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt Rechtsextremisten tatsächlich in die Ukraine oder nach Russland ausgereist sind, um dort aktiv an Kampfhandlungen in den genannten Gebieten teilzunehmen."

Des Weiteren wird in der Regierungsantwort ergänzt:

"Gleichwohl ist der Bundesregierung ein aktueller Sachverhalt bekannt, wonach am 13. Februar 2022 ein deutscher Rechtsextremist in den Sozialen Medien einen Post verbreitete, in dem er angab, dass er sich derzeit in der Ukraine aufhalte und dort gegebenenfalls auch an möglichen Kampfhandlungen teilnehmen wolle. Dabei bot er sich außerdem als Kontaktstelle für Personen an, die "einmal an einem richtigen Kampf teilnehmen möchte[n]."

Die Berliner taz schreibt in einem Artikel zu dieser Thematik: "Anders positioniert sich hingegen die rechtsextreme Splitterpartei 'Der III. Weg'. Zwar heißt es auch da, man lehne sowohl 'den russischen Imperialismus' als auch den 'US-amerikanischen Globalismus' ab. Dann aber spricht die Partei klar von einer 'russischen Invasion' und stellt sich auf Seiten der Ukraine – offensichtlich wegen dort aktiver nationalistischer Bataillone." Die Partei bejubele demnach die "ukrainischen Brüder" und "nationalen Aktivisten", deren "Widerstandswillen noch lange nicht gebrochen" sei.

Das ND berichtet in einem Artikel über den Telegram-Kanal und Podcast-Veröffentlichungen eines Baldur Landogart, einem Pseudonym des früheren NPD-Funktionärs Tobias Schulz. In dessen Podcast wurden demnach "Kontakte zu ukraineweiten Anlaufstellen für Freiwillige" verbreitet, die bereit wären, gegen "die russische Invasion zu kämpfen". Mehrfach wurde auch das "Freiwilligen-Regiment Asow" in den Chats erwähnt werden, eine extrem rechte Gruppierung, die inzwischen nachweislich seitens der ukrainischen Regierung als offizieller Teil in die ukrainische Nationalgarde integriert wurde.

Die Darstellungen über Landogart wurden in dem taz-Artikel bestätigt. So werden folgende Äußerungen zitiert: "Wer anstelle von einem 1000(s)ten Corona-Spaziergang einmal an einem richtigen Kampf teilnehmen möchte, kann sich melden." Anschließend habe Landogart Kontaktadressen des rechtsextremen National Korps in der Ukraine verschickt.

Die Linke-Politikerin Martina Renner erwähnte gegenüber dem ND, dass die aktuelle Situation für sie insgesamt "nicht wirklich eindeutig" sei und es "durchaus widersprüchliche Signale" gebe. Sie habe demnach sogar Informationen, dass "russische Neonazis aus dem Bereich des Kampfsports" existieren, die "zur Teilnahme auf ukrainischer Seite aufrufen". Diesem Aufruf wollen sich dann wiederum deutsche Neonazis anschließen, so Renner.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f25f948fbef78f95c2abe.jpg>

15:50 (13:50) novorosinform.org: „Jetzt gehört Schirokino zur DVR“: Pushilin gratulierte den Kämpfern an der Frontlinie

Der Militärkorrespondent Andrej Rudenko berichtete in seinem Telegram-Kanal über die Befreiung aus der Siedlung Schirokino von ukrainischen Nationalisten durch die Streitkräfte der DVR.

"Wir befinden uns jetzt im Dorf Schirokino. Seit 2014 wird darum einer der härtesten Kämpfe im Süden der Republik geführt", so der Korrespondent.

Ihm zufolge befreiten Einheiten der Volksmiliz am Vorabend das Dorf von den Streitkräften der Ukraine, aber die Kämpfe gingen weiter.

"Von hier aus wurde ein Brückenkopf nach Mariupol geöffnet. Und von hier aus sind Einheiten bereits in Richtung einer der größten Städte in der Region Donezk und der DVR vorgerückt", fügte er hinzu.

Der Staatschef der DVR, Denis Puschilin, traf in Schirokino ein, um die Kämpfer zu würdigen. In einem Interview mit Journalisten stellte er fest, dass hier "das ganze Wesen des ukrainischen Regimes offenbart wurde". Er erinnerte daran, dass Kiew alle Vereinbarungen über die Entmilitarisierung dieses Abschnitts vereitelt habe.

"Wir zogen uns zurück, erfüllten unsere Verpflichtungen, und im Gegenteil, die Ukraine rückte vor und errichtete hier eine der ernsthaftesten Befestigungen, von der aus unsere Siedlungen beschossen wurden. Jetzt ist Schirokino die DVR, und niemand zweifelt daran", sagte das Oberhaupt der Republik.



https://novorosinform.org/content/images/00/99/40099_720x405.jpg

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR um 15:30 am 2.3.22

Nach uns vorliegenden operativen Informationen erfolgt **in Mariupol auf dem Gelände des Werks „Asow-Stahl“ die Vorbereitung zu einer breit angelegten Provokation** mit Todesfällen bei Zivilisten durch den Kommandeur einer Spezialabteilung von „Asow“ der 12. Brigade der Nationalgarde der Ukraine. Zu diesem Zweck wird **Zivilbevölkerung auf das Gelände von „Asow-Stahl“ gebracht, die man in verminten Werkhallen und Dienstgebäuden unterbringt**. Im Hof des Unternehmens wird Militärtechnik stationiert. Im Fall eines Durchbruchs durch die Verteidigung von Mariupol durch Einheiten der Streitkräfte der Russischen Föderation planen die Nationalisten die Gebäude des Werk zu sprengen, um dann die russische Seite der Vernichtung friedlicher Einwohner und von ziviler Infrastruktur durch Artilleriefeuer zu beschuldigen.

Im Keller der Gebäude der Schule Nr. 34 in der Uliza Gastelo 17 werden mehr als 60 Zivilisten gewaltsam festgehalten, davon mehr als die Hälfte Frauen und Kinder. In die Schule werden zwangsweise als Zivilisten gebracht, die versucht haben, die Stadt über die von uns errichteten humanitären Korridore zu verlassen.

Nach Informationen von Lehrern der Priasowsker staatlichen technischer Universität in der Uliza Universitetskaja 7 haben Kämpfer aus der Einheit „Asow“ mit der Vermintung des Gebäudes sowie der Zugänge zu diesem mit ferngesteuerten Sprengeneinrichtungen begonnen.

14:03 de.rt.com: Außenminister Sergei Lawrow: "Russland hat viele Freunde und kann nicht isoliert werden"

Sergei Lawrow hat dem Fernsehsender Al Jazeera ein Interview gegeben. Hierin sagte der russische Außenminister, Moskau habe sich auf neue Sanktionen wegen der Militäroperation Russlands in der Ukraine gefasst gemacht, sei aber über die Repressalien gegen Sportler und Medien überrascht.

Angesichts der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine hat Sergei Lawrow am 2. März dem Fernsehsender Al Jazeera ein Online-Interview gewährt. Die russischen Nachrichtenagenturen TASS und RIA Nowosti veröffentlichten vorab einige Zitate aus dem Interview. Der russische Außenminister erklärte dort die Ziele des laufenden Militäreinsatzes. Dieser sei unter anderem auf die Abrüstung der Ukraine gerichtet, damit das Nachbarland keine Atomwaffen in seinen Besitz bekomme.

"Russland wird es der Ukraine nicht erlauben, an Atomwaffen zu kommen."

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz die Möglichkeit in Betracht gezogen, aus dem Budapester Memorandum auszusteigen und dadurch sein Atomwaffenarsenal wiederherzustellen.

Lawrow teilte in seinem Interview mit, dass der Dritte Weltkrieg, wenn es einmal dazu käme, ein atomarer wäre. Somit kommentierte der russische Chefdiplomat gleichzeitig die Erklärung von US-Präsident Joe Biden, wonach die Alternative für die Sanktionen gegen Russland der Dritte Weltkrieg wäre. Für die Eskalation der Krise machte Lawrow die westlichen Länder verantwortlich. Der Westen habe sich geweigert, mit Russland über eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu reden.

Der Außenminister gab bekannt, sein Land habe sich zwar auf neue Sanktionen gefasst gemacht. Die Regierung in Moskau sei dennoch über die Repressalien gegen Medien und Sportler überrascht:

"Wir waren auf die Sanktionen vorbereitet, erwarteten aber nicht, dass sie Sportler, Intellektuelle, Schauspieler und Medienschaffende treffen würden."

Gleichzeitig relativierte Lawrow das Ausmaß der zuletzt verhängten Sanktionen. Russland habe viele Freunde weltweit und könne nicht isoliert werden.

Lawrow erklärte, Moskau sei für eine weitere Verhandlungsrunde mit Kiew bereit, aber die ukrainische Regierung zögere die Gespräche nach Vorgabe aus Washington hinaus. Der Diplomat betonte, dass die Frage der Krim kein Diskussionsthema sei, weil die Schwarzmeer-Halbinsel ein Bestandteil Russlands sei. Lawrow forderte von der Regierung in Kiew, alle Nationalitäten im Land zu vertreten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f5690b480cc23ac7c2618.jpg>

16:13 (14:13) rusvesna.su: **Straßenkämpfe in Mariupol**

In Mariupol, umgeben von Einheiten der Streitkräfte Russlands und der DVR, finden derzeit [Straßenkämpfe](#) statt.

Soldaten der Streitkräfte der Russischen Föderation und der Volksmiliz der DVR zerstören Nazi-Einheiten.

Obwohl noch bedeutende feindliche Kräfte in der Stadt bleiben, rückt jede Stunde der Moment der Befreiung Mariupols von der langjährigen Besatzung näher.

14:42 snanews.de: **Kreml-Sprecher: Russische Wirtschaft widerstandsfähig – wird Sanktionsdruck überstehen**

Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, können die bereits verhängten Sanktionen des Westens der russischen Wirtschaft nicht den Boden unter den Füßen wegziehen. Laut Peskow ist die Wirtschaft resistent genug, um harten Strafmaßnahmen standzuhalten.

Peskow kommentierte die Worte von US-Präsident Joe Biden, wonach die russische

Wirtschaft aktuell durch die Sanktionen des Westens ins Wanken gerate, dahingehend, dass sie zwar schwere Rückschläge erleide, allerdings über ausreichende Festigkeitsreserven sowie Potenzial verfüge.

„Natürlich steht die russische Wirtschaft jetzt unter ernsthaftem Druck, sie erleidet ernsthafte Schläge. Es gibt Festigkeitsreserven, es gibt Potenzial, es gibt Pläne, es wird eine energische Arbeit durchgeführt. Die Wirtschaft wird auf den Beinen bleiben“, sagte Peskow auf die Frage, wie der Kreml den aktuellen Zustand der russischen Wirtschaft einschätze und ob sie weiterhin bestehen werde. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1a/5557990_0:166:3051:1882_1920x0_80_0_0_3c45a23c9ed441acbb139650032f7fce.jpg

17:18 (15:18) rusvesna.su: **Die Bevölkerung der Ukraine hat endlich begonnen zu verstehen: die Situation an den Fronten der Ukraine**

Der Kriegskorrespondent Oleg Blochin versorgte Russkaja Wesna mit aktuellen Informationen über die Lage an den Fronten der Ukraine:

„Beginnen wir im Süden: Im Gebiet des Nikolaewer Flughafens und im Gebiet von Wosnesensk, in dessen Nähe sich eine große Anzahl von Luftwaffen- und Luftverteidigungseinheiten konzentriert, wurden taktische Landungen durchgeführt. In diesem Bereich befindet sich auch das südukrainische Kernkraftwerk.

Es ist unwahrscheinlich, dass Nikolaew gestürmt wird. Wahrscheinlich wird es einfach umringt.

Die Siedlungen Wassiljewka und Tokmak stehen unter der vollen Kontrolle der russischen Streitkräfte. Ihre Garnisonen ergaben sich kampflös.

Kämpfe um Mariupol: Nun, angesichts der massiven Verteidigung von Mariupol ist eine schnelle Eroberung der Stadt nicht zu erwarten.

Der Osten stand heute still, es gab nirgendwo ernste Fortschritte. Die DVR-Armee hat Wolnowacha vollständig eingenommen.

Im Norden: Der Angriff auf Charkow und seine Deckung aus dem Osten werden fortgesetzt. Truppen der russischen Streitkräfte nähern sich den Städten Isjum und Krasnograd. Das südliche Teil der Charkower Oblast wird unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte gebracht.

In Kiew: Unsere Truppen näherten sich Browary und Borispol. Es ist unwahrscheinlich, dass sie Städte einnehmen. Sie blockieren Kiew einfach von Osten und Süden.

Und weiter. Schließlich begann das Verteidigungsministerium der Ukraine, seine Niederlagen einzugestehen. Davor gab es nur Siege.

Es begann ihnen und der Bevölkerung zu dämmern, dass die mutigen Aussagen des ukrainischen Militärs mit der Realität nicht übereinstimmen.“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/rpg_vzryv.jpg

15:22 de.rt.com: **Peking kritisiert Tokio für Bereitschaft, US-Atomwaffen aufzunehmen**

Chinas Führung hat Tokios Aufrufe zur Stationierung von US-Atomwaffen in Japan kritisiert. Außerdem würden immer mehr Stimmen laut, das einst von Japan besetzte Taiwan vor China zu schützen. Das zeige das Streben einiger japanischer Politiker nach der Insel.

Vertreter der chinesischen Regierung haben Äußerungen des ehemaligen Premierministers Shinzō Abe kritisiert. Dieser hatte die Aufweichung der nicht-nuklearen Grundsätze des Landes und die Aufnahme strategischer US-Waffen gefordert, um angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen die Sicherheit zu erhöhen. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin erklärte am Dienstag Reportern:

"Japanische Politiker haben häufig Irrtümer über Taiwan verbreitet und sogar unverhohlen falsche Bemerkungen gemacht, die gegen die drei nicht-nuklearen Prinzipien des Landes verstoßen."

Zu diesen Prinzipien gehört das Verbot, Atomwaffen zu besitzen, herzustellen oder deren Einführung zuzulassen. Japan, das einzige Land, das jemals mit Atomwaffen angegriffen wurde, hat sich nach seiner vernichtenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg eine pazifistische Verfassung gegeben.

Abe sagte jedoch in einem Fernsehinterview am Sonntag, dass Japan es nicht länger als "Tabu" betrachten sollte, Atomwaffen auf seinem Boden zu haben. Er wies darauf hin, dass mehrere NATO-Mitglieder im Rahmen von Abkommen über die gemeinsame Nutzung von Kernwaffen mit Washington strategische US-Waffen beherbergen. Der Politiker erklärte:

"Wir müssen verstehen, wie die Sicherheit in der Welt aufrechterhalten wird."

Außerdem forderte Abe Washington auf, sich zu einem militärischen Eingreifen zu verpflichten, falls Taiwan von China angegriffen wird, und ihre Strategie der "Zweideutigkeit" in dieser Frage zu beenden. Ein militärischer Konflikt zwischen China und Taiwan würde für Japan einen Sicherheitsnotstand bedeuten.

Wang hob hervor, die japanische Führung müsse in der Taiwan-Frage "mit Worten und Taten vorsichtig sein, um keinen Ärger zu provozieren". Er fügte hinzu:

"Wir fordern Japan nachdrücklich auf, sich auf seine Geschichte zu besinnen."

Während des Zweiten Weltkriegs wurden bis zu 20 Millionen Chinesen getötet. Viele von ihnen kamen bei Massakern japanischer Truppen an Zivilisten ums Leben. Der Pressesprecher betonte:

"Japan hat einen Angriffskrieg gegen China geführt und Taiwan ein halbes Jahrhundert lang kolonialisiert, wobei es unaussprechliche Verbrechen begangen hat."

Dabei deutete Wang an, dass einige japanische Fraktionen "sich nicht mit ihrer Niederlage versöhnt haben und noch immer nach Taiwan streben".

Die staatliche chinesische Zeitung Global Times meinte am Montag in einem Leitartikel, dass

die Kombination von Japans "rechtem Wahnsinn" mit dem waffenproduzierenden Potenzial des Landes zu verheerenden Folgen führen würde, einschließlich "eines Ausbruchs des Militarismus aus dem Käfig, in dem er seit fast 80 Jahren gefangen ist". Das Blatt fügte hinzu: "Es ist nicht nur ironisch, sondern auch ein großes reales Risiko, dass eine Gruppe von Menschen in dem einzigen Land der Welt, das mit Atombomben bombardiert wurde, dazu aufruft, den Schuldigen einzuladen, Atomwaffen auf ihrem eigenen Territorium einzusetzen." Der japanische Premierminister Fumio Kishida erklärte am Montag, dass das Land nicht in Erwägung ziehen werde, seine Grundsätze in Bezug auf Atomwaffen zu verletzen. Er nannte die Idee eines Abkommens über die gemeinsame Nutzung von Atomwaffen mit den USA "inakzeptabel".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f234a48fbef778f022da9.jpg>

15:32 snanews.de: **Identifikationsfehler? Ukrainische Soldaten erschießen israelischen Bürger an Kontrollpunkt**

Ukrainische Soldaten haben einen israelischen Bürger getötet, der versucht hat, das Land zu verlassen. Darüber berichten israelische Medien.

Demnach handelt es sich um den 42 Jahre alten Roman Brodsky, der seit einigen Jahren in der Ukraine gelebt hatte. Sein Auto sei an einem ukrainischen Checkpoint beschossen worden, als er auf dem Weg zu einem Grenzübergang nach Moldawien gewesen sei.

„Wir waren mit sechs Autos aufgebrochen“, sagte ein Freund von Brodsky gegenüber der israelischen Nachrichtenwebseite Ynet am Montag. Die Autokolonne habe mehrere Kontrollpunkte erfolgreich passiert. „An einem Kontrollpunkt sagten wir wie üblich, wir seien Israelis, die die Ukraine verlassen wollten. Ich fuhr zuerst vorbei und zwei weitere Autos folgten mir.“ Plötzlich hätten die Soldaten das Feuer auf das Auto eröffnet, in dem sich Brodsky befand, da sie ihn für einen Tschetschenen gehalten hätten.

Anschließend hätten die Soldaten begonnen, auch die wegfahrenden Fahrzeuge zu beschießen. Es sei ein „Wunder“, dass die Autoinsassen überlebt hätten.

Nach Angaben der Zeitung „The Jerusalem Post“ hat der israelische Premier am Montagabend den Familienangehörigen des Todesopfers sein Beileid ausgedrückt. Das israelische Außenministerium hatte den Tod des Israelis am Sonntag bekannt gegeben. Der Vorfall ereignete sich demnach in der Stadt Bila Zerkwa, die sie etwa 85 Kilometer südlich von Kiew liegt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/03/02/5619185_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_1be6c56c7cf4821aa8796174c2ad1d06.jpg

15:33 de.rt.com: **EU schließt sieben russische Banken von SWIFT aus**

Am 2. März hat die Europäische Union die folgenden russischen Banken vom SWIFT-System ausgeschlossen: VTB, Bank Rossija, Otkritie, Nowikombank, Promswjasbank, Sowkombank und WEB. Die Maßnahme ist eine der schärfsten, die die EU gegen Russland ergriffen hat. Die Europäische Union hat sieben russische Banken, die bereits mit Sanktionen belegt sind, aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT ausgeschlossen. Wie aus dem EU-Amtsblatt hervorgeht, sind die zweitgrößte Bank Russlands VTB sowie die Banken Rossija, Otkritie, Nowikombank, Promswjasbank, Sowkombank und WEB von der Maßnahme betroffen. Es gilt eine Übergangsfrist von zehn Tagen.

Russlands größte Bank, die Sberbank, sowie die Gasprombank stehen vorerst nicht auf der Liste. Ein hochrangiger EU-Vertreter begründete dies am Mittwoch damit, dass einige EU-Länder besonders abhängig von Energielieferungen aus Russland seien – dazu gehört auch Deutschland. Sberbank und Gasprombank seien die wichtigsten Banken für die Bezahlung der Energielieferungen. Er betonte, dass die EU gegen die Sberbank und die Gasprombank bereits andere Sanktionen verhängt habe.

Die Entscheidung dazu war bereits in der Nacht zum Sonntag getroffen worden. Nach Angaben der Bundesregierung sollen die russischen Finanzinstitute damit von den internationalen Finanzströmen abgekoppelt werden.

Ein Ausschluss aus SWIFT bedeutet, dass die Betroffenen praktisch vom globalen Finanzsystem abgeschnitten werden. Mehr als 11.000 Teilnehmer in mehr als 200 Ländern nutzen nach Angaben von SWIFT den Dienst.

Die Bank VTB reagierte bereits und sagte, dass der Schritt den Kundenservice in Russland nicht beeinträchtigen werde. "Diese Entscheidung ändert nichts an der aktuellen Lage bei Auslandsüberweisungen unserer Firmenkunden", teilte die Bank mit. Auslandsüberweisungen für Privatpersonen sind aufgrund von Sanktionen schon länger nicht mehr möglich.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.03/article/621f5b99b480cc23ac7c262a.jpg>

15:59 [snanews.de](https://www.snanews.de): **Ukrainische Neonazisten müssen für ihre Verbrechen zahlen – Kreml-Sprecher**

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat präzisiert, was die von Russland geforderte „Entnazifizierung“ der Ukraine vorsieht – ukrainische Neonazis müssen für ihre Kriegsverbrechen bestraft, die nationalistischen Bataillone liquidiert werden. Dabei verwies er darauf, dass Europa diese Nazis loyal behandelt habe.

„Dort agiert eine riesige Zahl von nationalistischen Militäreinheiten. Anhänger von Bandera (Stepan – Anm. der Red.), einfach Nationalisten, Bataillone und so weiter“, sagte Peskow. Es gehe um „echte Neonazis“, die im Südosten der Ukraine Menschen gefoltert und erschossen haben, aber weder von der Ukraine noch von europäischen Ländern angemessen verurteilt wurden.

„Damals haben wir leider keine solche Einigkeit des Westens gesehen, und niemand hat sie gesehen. Aus irgendeinem Grund ist es den Abgeordneten des Europäischen Parlaments nie in den Sinn gekommen, gegen die Ermordung dieser Menschen im Südosten des Landes zu protestieren. Aber leider muss jemand diese Leute bestrafen“, sagte Peskow. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/03/02/5620515_0:114:3072:1842_1920x0_80_0_0_b03c38e0f0fc031e3ca751dcbc0492bd.jpg

18:26 (16:26) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **In der Oblast Charkow haben Truppen der Ukraine Zivilisten erschossen, die versuchten, in die Russische Föderation abzureisen – Medien**
Ukrainische Nationalisten eröffneten das Feuer auf Zivilfahrzeuge, in denen die Familien

Chrapatsch und Saultschenko versuchten, zum Zollkontrollpunkt Goptowka an der Grenze zwischen der Ukraine und Russland zu fahren, berichtet der Telegram-Kanal „Charkow Z“. Es wird berichtet, dass die ukrainischen Radikalen sichweigerten, einen Korridor für die Evakuierung der Zivilisten bereitzustellen, und dann das Feuer auf die Autos eröffnet haben, in denen sich Erwachsene und Kinder befanden.

Es wird auch berichtet, dass ukrainische Nationalisten im Dorf Russkaja Losowaja in der Region Charkow aus einem Panzer das Feuer auf Zivilisten eröffnet haben.

"Drei Kinder starben. Eine Frau mit Kind überlebte, sie wurde von den Nazis verschleppt", heißt es in der Mitteilung.



https://novorosinform.org/content/images/01/14/40114_720x405.jpg

16:27 snanews.de: **Ukrainische Nationalisten bereiten in Mariupol Provokation vor – DVR**

Nach Angaben der Volksrepublik Donezk (DVR) bereiten ukrainische Nationalisten eine Provokation in der Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer vor. Sie treiben laut der DVR zivile Bevölkerung auf das Territorium eines Werkes und stellen militärische Ausrüstung in dessen Nähe auf und verminen das Werksgelände zudem noch.

Die Volksmiliz der DVR warnte, dass die Nationalisten im Falle eines Durchbruchs der russischen Verteidigungskräfte in Mariupol die Gebäude des Werkes „Asowstal“ sprengen und den Anschlag der russischen Seite zuschieben würden, als Beweis, Zivilisten und zivile Infrastruktur mit Artilleriefeuer zu töten beziehungsweise zu zerstören.

In der 34. Schule in Mariupol halten Nationalisten mehr als 60 Zivilisten gewaltsam fest, von denen mehr als die Hälfte Frauen und Kinder sind. Laut der DVR werden dorthin alle Zivilisten, die versucht hätten, die Stadt durch humanitäre Korridore zu verlassen, „gewaltsam“ gebracht.

Ferner heißt es, die Kämpfer des „Asow“-Bataillons hätten damit begonnen, die Technische Universität in der Stadt Priasowski sowie Zugänge zu ihr mit kontrollierten Sprengkörpern zu versehen.

Am Mittwochmorgen hat der Sprecher der Donezker Volksmiliz, Eduard Bassurin, mitgeteilt, dass die Donezker Volksmiliz Mariupol blockiert habe. Bassurin zufolge wird man versuchen, den Gegner davon zu überzeugen, die Waffen niederzulegen und die Stadt zu verlassen, damit keine Gefahren für die Zivilbevölkerung entstehen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/13/5425017_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_30779d1e8a48d8cf34cba9def99de915.jpg

18:31 (16:31) novorosinform.org: **Strom-, Gas- und Wasserversorgung in Stanizia Luganskaja wiederhergestellt – Verwaltungsleiter**

Die Versorgungsunternehmen der LVR haben in der von der Kiewer Besatzung befreiten Siedlung Stanizia Luganskaja die gesamte Versorgung wiederhergestellt, sagte der Leiter der lokalen Verwaltung, Albert Zintschenko.

Dies wird vom "Informationszentrum von Lugansk" berichtet.

„Heute ist in Stanizia Luganskaja die gesamte Versorgung wiederhergestellt: Strom, Gas, Wasser. All das ist da“, sagte Zintschenko.

Er stellte fest, dass die Verwaltung das Dorf nicht verlassen habe und alle Mitarbeiter bereit seien, dringende Probleme zu lösen. Zintschenko fügte hinzu, dass die Hauptaufgabe der Verwaltung jetzt darin bestehe, den Lebensunterhalt der Bevölkerung der Siedlung zu sichern.



https://novorosinform.org/content/images/01/15/40115_720x405.jpg

18:40 (16:40) rusvesna.su: **Die russische Armee marschierte in Balakleja ein**

Die russische Armee kontrolliert Balakleja in der Region Charkow.

Aus ukrainischen Quellen ist bekannt, dass es in der Stadt keine Kämpfe gibt, außerdem unterscheidet sich die Situation nicht von der üblichen friedlichen.

Offenbar wurde eine Einigung mit den Stadtbehörden erzielt, die die richtige Entscheidung getroffen haben, die Zivilbevölkerung nicht zu gefährden.



https://cdn4.telesco.pe/file/sLPV_vzwS1NiyKCch-vMFfbUTUC9McJdpWaTbRNMzDTgm3vq9andpZYHxyLlnaGOxFKh3gOzUIF_diBJ4SQZ_Aulr3PquoljWDRa_zfWBBQJsJF-wkmLJZfnnzDqcGM5UEB_abz0zyVapI_PYqeEvNTZ-o9o8KX6t4oXQnQ1bHFLMs4ZYeT2Q9QLOq_dKD5VgESY20P5JyPNyMb7TWcAaT41TIUQk6oveGHB1ObhFdc2PocVnIK2YggK-Q8jNoRrH0cJtTy9DvWml2RJk4khsC1INR0y4P1mXQNxFS46mIrpK3H6WYt_LQTwhBioCyuM2wUUJuvPGTMdl4iedvlt8dw.jpg

18:56 (16:56) novorosinform.org: **Die EU kann Air Serbia nicht verbieten, nach Russland zu fliegen – Experte**

Die Fluggesellschaft Air Serbia kann Lufttransporte in die Russische Föderation durchführen, bis sie ihre Politik mit der EU koordiniert, sagte ein Experte der Europäischen Kommission. Derzeit ist Air Serbia die einzige europäische Fluggesellschaft, die Flüge nach Russland durchführt. Alle Tickets für Flüge zwischen Belgrad und Moskau sind mehrere Tage im Voraus ausverkauft, berichtet RIA Novosti.

Die Europäische Union kann Air Serbia derzeit nicht verbieten, nach Russland zu fliegen. „Air Serbia kann diese Tickets verkaufen, weil wir die extraterritorialen Maßnahmen nicht verlängert haben“, erklärte der Experte der Europäischen Kommission. Seine Worte werden vom Telegram-Kanal der serbischen Nachrichten zitiert.

Wir fügen hinzu, dass Extraterritorialität die Möglichkeit von Air Serbia bedeutet, sich in dieser Angelegenheit von den Gesetzen Serbiens und nicht der EU leiten zu lassen.



https://novorosinform.org/content/images/01/17/40117_720x405.jpg

16:57 snanews.de: **Innenminister Serbiens kritisiert Sperrung von RT und Sputnik in EU**
Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin hat sich zur Sperrung russischer Staatsmedien in der EU ausgesprochen.

„Medien wegen der Zuordnung zu ihrem Besitzer und ihrem Herkunftsland zu vernichten, ist nicht weit von der Idee rassistischer Gesetze, die dem Holocaust vorausgingen“, sagte Vulin. Ihm zufolge ist das Schweigen der internationalen journalistischen Gemeinschaften eine größere Niederlage als der Nachrichtenlärm derjenigen, die bereit seien, alle Medien zu verbieten.

„Ich hoffe, sie schämen sich ihrer Feigheit, da sie sich ihres Schweigens nicht schämen. Es scheint, dass es Völker gibt, die kein Recht auf Existenz haben, und auch Medien, die kein Recht auf Existenz haben“.

In Serbien würden Medien aus Katar, Großbritannien, den USA, Deutschland, der Schweiz und Luxemburg ihre Tätigkeit ausüben, so Vulin.

„Ich sehe keinen Grund, warum die Medien aus Russland ihren Standpunkt nicht äußern können. Ich bin absolut gegen die Schließung jeglicher Medien. Die Einstellung von Journalisten aus Russland zu ihrer Arbeit ist ein Indikator für die Demokratie und Offenheit der Gesellschaft, in der sie arbeiten“, betonte der Politiker.

Die Verbreitung der russischen Staatsmedien RT und Sputnik in der EU ist verboten. Die Maßnahme trat am Mittwoch mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Umgesetzt werden soll sie von den Medienregulierern der EU-Staaten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5092832_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2dd07237315bc14a19d1586013e7cf7b.jpg

19:26 (17:26) novorosinform.org: **Der Minister für Notsituationen der DVR forderte die ukrainischen Rettungskräfte auf, weiter zu arbeiten und ihre Pflicht zu erfüllen**

Der Minister für Notsituationen der DVR, Generalleutnant des Zivilschutzdienstes Alexej Kostrubizkij, sprach zu den Mitarbeitern des staatlichen Notdienstes der Ukraine.

Dies berichtete die offizielle Website der Republik in ihrem Telegram-Kanal „DNR Online“.

„Wir wissen, dass Sie keine Verbrechen gegen Zivilisten begangen haben. Sie werden durch internationale Konventionen geschützt. Geben Sie nicht Panik und Provokationen nach, arbeiten Sie weiter und tun Sie Ihre Pflicht“, sagte Kostrubizkij.

Der Leiter des Ministeriums für Notsituationen der DVR erklärte, dass die Feindseligkeiten bald eingestellt würden und die Mitarbeiter der ukrainischen Dienste ihre Arbeit fortsetzen und ihre Positionen, Titel, Dienstzeiten und Leistungen behalten könnten.

Er stellte fest, dass die Gehälter pünktlich und vollständig gezahlt werden.

Es wird auch berichtet, dass Mitarbeiter des staatlichen Notdienstes der Ukraine für

zusätzliche Informationen den Telegram-Kanal REPUBLIC_RUS kontaktieren können, wo sie Anweisungen für das weitere Vorgehen erhalten.



https://novorosinform.org/content/images/01/18/40118_720x405.jpg

abends:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 2.3.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

Infolge von Antibatteriefire von Artillerieeinheiten der Volksmiliz der DVR wurde ein **großer Teil der Artillerie der 56. Panzergrenadier- und der 25. Luftlandebrigade vernichtet.**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 12-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik unter Einsatz von 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen sowie verschiedenen Granatwerfern **eröffnet.**

Unter Beschuss gerieten **6 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es **Opfer unter der Zivilbevölkerung. Zwei Bürger wurden verletzt.** Ein Wohnhaus wurde beschädigt.

Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR setzen die Maßnahmen zur Befreiung der Ortschaften Mariupol und Wolnowacha von ukrainischen Besatzern fort. Die nationalistischen Formationen leisten aktiven Widerstand und stationieren ihre Geschütze in der Nähe von Wohnhäusern.

Nach uns vorliegenden operativen Informationen erfolgt in Mariupol auf dem Gelände des Werks „Asow-Stahl“ die Vorbereitung zu einer breit angelegten Provokation mit Todesfällen bei Zivilisten durch den Kommandeur einer Spezialabteilung von „Asow“ der 12. Brigade der Nationalgarde der Ukraine. Zu diesem Zweck wird Zivilbevölkerung auf das Gelände von „Asow-Stahl“ gebracht, die man in verminten Werkhallen und Dienstgebäuden unterbringt. Im Hof des Unternehmens wird Militärtechnik stationiert. Im Fall eines Durchbruchs durch die Verteidigung von Mariupol durch Einheiten der Streitkräfte der Russischen Föderation planen die Nationalisten die Gebäude des Werks zu sprengen, um dann die russische Seite der Vernichtung friedlicher Einwohner und von ziviler Infrastruktur durch Artilleriefire zu

beschuldigen.

Im Keller der Gebäude der Schule Nr. 34 in der Uliza Gastelo 17 werden mehr als 60 Zivilisten gewaltsam festgehalten, davon mehr als die Hälfte Frauen und Kinder. In die Schule werden zwangsweise als Zivilisten gebracht, die versucht haben, die Stadt über die von uns errichteten humanitären Korridore zu verlassen.

Nach Informationen von Lehrern der Priasowsker staatlichen technischer Universität in der Uliza Universitetskaja 7 haben Kämpfer aus der Einheit „Asow“ mit der Verminung des Gebäudes sowie der Zugänge zu diesem mit ferngesteuerten Sprengeinrichtungen begonnen.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die im Verlauf der besonderen Militäroperation zum Schutz des Donbass freiwillig die Waffen niedergelegt und auf die Seite der DVR übergegangen sind, hat die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR eine Hotline eingerichtet, an die sich Mütter und Frauen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wenden können.

Mütter und Frauen ukrainischer Soldaten können sich mit folgenden Fragen dorthin wenden:

- das Schicksal ihrer Familienmitglieder erfahren;
- sich über ihren Gesundheitszustand erkundigen;
- die Möglichkeit erhalten, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.

(Es folgen Telefonnummern und E-Mail-Adressen.)

Ich wende mich an die ukrainischen Soldaten und Unteroffiziere! Sie können wie auch Ihre Brüder Ihr Leben erhalten, wenn sie sich freiwillig davon Abstand nehmen, sich an Kampfhandlungen zu beteiligen. Es lohnt sich nicht das Leben für die verbrecherische ukrainische Regierung und die Oligarchen zu riskieren.

Offiziere der ukrainischen Armee! Sie sind verpflichtet, das Leben Ihrer Untergebenen zu schützen, treffen Sie die einzige richtige Entscheidung. Legen Sie die Waffen nieder und gehen sie nach Hause!

18:05 snanews.de: **Verteidigungsministerium in Moskau: 498 russische Soldaten bei Spezialoperation in Ukraine getötet**

Im Laufe der russischen Militäroperation in der Ukraine sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau bisher 498 russische Soldaten ums Leben gekommen. Zudem seien 1597 Soldaten verletzt worden, teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Mittwoch mit. Es sind die ersten offiziellen Zahlen dazu aus Russland seit Beginn der Operation am Donnerstag voriger Woche.

„Unter den Nationalisten und den Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte gibt es mehr als 2.870 Tote und rund 3.700 Verwundete. Allein nach den bestätigten Angaben beläuft sich die Zahl der gefangenen ukrainischen Kräfte auf 572“, sagte der Sprecher.

„Leider gab es Verluste unter unseren Kameraden, die an der speziellen Militäroperation beteiligt waren. 498 russische Soldaten verloren bei der Erfüllung ihrer militärischen Pflichten ihr Leben. Den Familien der Getöteten wird jede erdenkliche Hilfe geleistet“, so Konaschenkow weiter.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/18/5511240_0:0:1620:912_1920x0_80_0_0_6e7ebfd0078da72a3fae8e62cdc2a2d2.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination: **Wir wenden uns an alle Einwohner der Donezker Oblast!**

Landsleute! Sie sind lange acht Jahre unter Besatzung, aber die Freiheit ist nah! Das es die Offensichtlichkeit des Geschehens begreift, handelt das verbrecherische Kiewer Regime in seiner Agonie nach dem Prinzip „das sollt ihr niemals bekommen!“. Es fügt der zivilen Infrastruktur, industriellen Objekten, friedlichen Ukrainern und ihrem Wohnraum vorsätzlich maximalen Schaden zu.

Als Behörde, die gegründet wurde, um Kriegsverbrechen der Kiewer Regierung, die rechtswidrig durch einen bewaffneten Staatsstreich an die Macht gekommen ist, festzuhalten, rufen wir Sie auf, jeden Fall von Verbrechen gegen Ihr Volk zu dokumentieren. Drehen Sie Videos, fotografieren Sie, zeichnen Sie die Daten von an Verbrechen beteiligten Funktionsträgern auf. Die gesamte von Ihnen gesammelte Information wird auf jeden Fall für ein Gericht über die verbrecherische Kiewer Regierung genutzt werden.

Zur Unterstützung und Übergabe der von Ihnen gesammelten Informationen nutzen Sie den vertraulichen Kontakt im Telegram: (*Angabe einer Adresse*). Benutzen Sie nicht Ihre persönlichen Accounts zur Veröffentlichung der erfassten Verbrechen, erstellen sie anonyme neue.

Falls ein Beamter, ein Soldat oder ein Mitarbeiter der militärischen Einrichtungen, der erkennt, dass die Befreiung nah ist, weiter Dienst auf seinem Posten zum Wohl des Volkes tun will, wird man Ihnen über denselben vertraulichen Kontakt sagen, wie Sie weiter handeln können.

Liebe Landsleute! Wir bitten Sie, vernünftiges Denken zu erhalten. Geraten Sie nicht in Panik, gehen Sie ohne äußerste Notwendigkeit nicht auf die Straße, verlassen Sie nach Möglichkeit die Häuser, falls sie sich in der Nähe von Objekten irgendeiner militärischen Infrastruktur, Gebäuden von SBU, Polizei, Werken und Fernsehzentren befinden.

Vergessen Sie nicht, einander zu helfen! Passen Sie auf sich und Ihre Lieben auf! Die Freiheit ist nah!

19:10 de.sputniknews.com: **Lawrow: Moskau bietet Kiew Verhandlungen und nicht die Kapitulation an**

Russlands Forderungen an die Ukraine können laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow nicht als Aufforderung zur Kapitulation eingestuft werden.

„Ich glaube nicht, dass dies auf diese Weise (als Kapitulation – Anm. d. Red.) eingestuft werden kann. Die Hauptsache hier ist nicht der Begriff, der verwendet wird. Wir schlagen

eine Vereinbarung vor. Sie wird die gesetzlichen Rechte aller in der Ukraine lebenden Völker, einschließlich aller nationalen Minderheiten, ihre Gleichberechtigung sicherstellen“, sagte Lawrow in einem Interview mit dem Fernsehsender al-Jazeera.

„Dies sollte sich in der Gesetzgebung der Ukraine widerspiegeln, wo es jetzt ein Gesetz über drei indigene Völker gibt, als hätte es überhaupt nie Russen auf ukrainischem Boden gegeben. Das sind die Dinge, die bereits die gesetzliche Grundlage für eine weitere antirussische Politik und nicht nur antirussische schaffen“, so Lawrow weiter.

„Wenn die ukrainischen Behörden den jetzt diskutierten Bedingungen zustimmen, dann wird es eine Vereinbarung geben“, betonte der Minister.

Russland ist ihm zufolge bereit, die Frage der Sicherheitsgarantien während der zweiten Gesprächsrunde mit der Ukraine zu erörtern. Die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski über den Wunsch, Sicherheitsgarantien zu erhalten, nannte er einen positiven Schritt.

Wollte jemand diesen Konflikt?

Lawrow schloss nicht aus, dass jemand wollte, dass Russland in einen absichtlich geschaffenen und vom Westen verursachten Konflikt um die Ukraine verstrickt werde.

Auf die Frage, ob Russland in diesen Krieg in der Ukraine gelockt wurde und ob der Westen Moskau provoziert habe, sich in diesen „Sumpf“ zu begeben, sagte er: „Ich schließe nicht aus, dass es so war.“

Er betonte, westliche Politikwissenschaftler würden jetzt schreiben, dass dieser Konflikt den Amerikanern ermöglichen solle, sich mit der Eindämmung Chinas zu beschäftigen. „Eine absolut zynische neokoloniale philosophische Denkweise ist für unsere westlichen Partner typisch“, merkte er an.

Russland ging in seiner Entschlossenheit, weiteres Blutvergießen in der Ukraine zu verhindern, nicht von den Plänen des Westens aus, sondern von den äußerst beunruhigenden Tatsachen, die die von Moskau getroffenen Entscheidungen bestimmten:

„Wir haben unsere Entscheidungen anhand der Tatsachen vor Ort getroffen. Sie waren äußerst beunruhigend. Der Westen hat alles getan, um diese materiellen Tatsachen für Russland immer bedrohlicher werden zu lassen.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/01/5208600_0:60:3071:1787_1920x0_80_0_0_91823daa32c0028c815a840768d6b55e.jpg